

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Mohammed Abu Shilbaya
Zusammen weiterleben
Eine palästinensische Stimme

Gideon Weigert
Palästinenser und Israelis —
jenseits der Schlagzeilen
Eine israelische Stimme

Moshe Zimmermann
Einstellungen israelischer Schüler
und Studenten zu Deutschland

Ulrich von Hehl
Konrad Kardinal von Preysing,
Bischof von Berlin

ISSN 0479-611 X

B 39-40/80

27. September 1980

Mohammed Abu Shilbaya, geb. 1926, Lehrer und Schriftsteller; Herausgeber der arabischen Jerusalemer Tageszeitung „Al Anba“. Vgl. auch die Angaben über den Autor von Gideon Weigert, S. 3f.

Veröffentlichungen u. a.: Kein Frieden ohne einen freien Palästinenserstaat, Jerusalem 1971; Der Weg zum Heil, zur Freiheit und zum Frieden, Jerusalem 1973.

Gideon Weigert wurde 1919 in Hamburg geboren und kam 1933 mit seinen Eltern nach Palästina. Nach zehnjährigem Studium des Islams und der arabischen Sprache und Kultur wurde ihm 1945 das arabische Ressort bei der „Palestine Post“, der heutigen „Jerusalem Post“, übertragen, in dessen Rahmen er über die Probleme der Araber in Israel und der ehemaligen Palästinenser in Jordanien, Ägypten und anderen arabischen Ländern berichtete. Diese Position gab er 1969 auf, um sich besonders mit der Lage und den Entwicklungen in den 1967 besetzten Gebieten zu befassen. Er hat seither zahlreiche Veröffentlichungen in fünf Sprachen (darunter vier in deutscher Sprache) über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte des Problems der Araber in Israel, am Westufer des Jordans und im Gazastreifen vorgelegt.

Moshe Zimmermann, Dr. phil., geb. 1943 in Jerusalem; Studium der Geschichte und Politik an der Hebräischen Universität in Jerusalem; Dozent für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem; Leiter der Abteilung Geschichte für Mittelschulen im Curriculum-Center des israelischen Erziehungsministeriums.

Veröffentlichung u. a.: Hamburger Patriotismus und deutscher Nationalismus — Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830—1865, Hamburg 1979; Verfasser und Herausgeber von Schulbüchern des Curriculum-Centers Jerusalem: Die Frühneuzeit, 1977; Die Zionistische Bewegung 1880—1914, 1976; Ära der Revolutionen, 1979; Die Industrielle Revolution, 1979; Die Geschichte der Juden vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, 1979; Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, 1980.

Ulrich von Hehl, Dr. phil., geb. 1947 in Viersen/Niederrhein, Studium der Geschichte und Germanistik; von 1975—1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933—1945, Mainz 1977; (Herausgeber) Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935—1943, Mainz 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT ein-
schließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72
Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zu-
sätzlich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen
keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter-
richtung und Urteilsbildung.

Zusammen weiterleben

Eine palästinensische Stimme

Die Manuskriptarbeiten zu den beiden nachfolgenden Artikeln von Mohammed Abu Shilbaya und Gideon Weigert wurden Mitte Juli dieses Jahres abgeschlossen, also kurz vor der Verabschiedung des Jerusalem-Gesetzes durch das israelische Parlament. Auf Befragen der Redaktion haben beide Verfasser mitgeteilt, daß sich durch den Knessetbeschluß an ihren Grundpositionen nichts geändert habe und sie auch die Äußerungen, die Jerusalem betreffen, aufrechterhalten.

Die Redaktion

Über den Autor

Werden künftig einmal Historiker die Geschichte des Kampfes der Palästinenser in den sechziger und siebziger Jahren dieses Jahrhunderts schreiben, so werden sie nicht umhin können, Abu Shilbaya und seine politischen Vorstellungen darin ausführlich zu würdigen. Der Sohn eines Bauern aus dem Dorf Yehudia in Mandatspalästina, der 1948 während des Befreiungskrieges aus seinem Heimatdorf in die Westuferregion flüchtete und sich in den fünfziger Jahren als Lehrer und Schriftsteller in Jerusalem niederließ, war für die haschemitischen Besatzer der Westuferregion und der Heiligen Stadt immer ein „Störenfried“. Als Anhänger der zur Monarchie in Jordanien in Opposition stehenden sozialistischen Baath-Partei hat er Jahre in jordanischen Konzentrationslagern in der Wüste zugebracht.

Seine Originalität und seine hervorragenden analytischen Fähigkeiten wurden der lesenden arabischen Öffentlichkeit erst Ende der sechziger Jahre bekannt, kurz nachdem Israel — infolge des Eintritts von Jordanien in den Krieg der Araber gegen den jüdischen Staat — im Juni 1967 die Macht im vereinigten Jerusalem übernahm.

In der langen Geschichte des Kampfes der Palästinenser, der bis in die zwanziger Jahre, in die Zeit des Palästinensischen Kongresses im mandatsregierten Haifa zurückreicht, spielte das gedruckte Wort zunächst kaum eine Rolle: Von arabischer Seite wurde in den zwanziger und dreißiger Jahren nur wenig über die eigenen politischen Probleme geschrieben. Erstmals nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1948/49 veröffentlichten palästinensische Schriftsteller eine Reihe von Werken, die später als „Literatur der Tragödie“ (Adab e- Nakba) bekannt wurden. Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 wurden die arabischen Buchhandlungen von einer neuen Welle palästinensischer Bücher überflutet — diesmal bekannt als „Literatur der Niederlage“ (Adab e- Naksa). Das erste von einem Palästinenser geschriebene Buch indessen, das die Wurzeln des Palästinaproblems in realistischer, nicht apologetischer, sondern konstruktiver Analyse angeht, erschien erst nach der Übernahme Ost-Jerusalems und des Jordan-Westufers durch Israel. Es hätte weder unter dem jordanischen Regime in diesen Gebieten noch unter der ägyptischen Besatzung im Gazastreifen oder in irgendeinem anderen arabischen Land erscheinen können, in dem Palästinenser während der Epoche 1948—1967 lebten, sich jedoch nicht offen äußern konnten. Es handelte sich um ein dünnes Buch von 87 Seiten in arabischer Sprache mit dem Titel

„Kein Frieden ohne einen freien Palästinenserstaat“ (Jerusalem 1971). Sein Verfasser war Mohammed Abu Shibaya.

In diesem Buch, in dem er der Kritik an den Palästinenserorganisationen und ihrer Kriegspolitik ein eigenes Kapitel widmete, plädierte er für die Verständigung zwischen den beiden semitischen Völkern, die beide Rechte und Pflichten im Heiligen Land hätten, für deren Regelung der Gebrauch von Waffen auszuschließen sei. Er war der erste, der sein Volk aufforderte, nicht „alles“ zu verlangen; von ihm stammt das Wort: „Nehmen, was angeboten wird, und später mehr fordern“. Er war der erste Palästinenser, der nicht nur die Zahlung von Entschädigungen an die palästinensischen Flüchtlinge, die 1948 ihr Land verließen, forderte, sondern ebenso Ausgleichszahlungen an jüdische Flüchtlinge durch ihre Heimatländer, die sie nach 1948 verlassen mußten.

Schon bald nach dem ersten erschien Abu Shilbayas zweites Buch: „Der Weg zum Heil, zur Freiheit und zum Frieden“ (arabisch), Jerusalem 1973. Er vertrat darin, wiederum als erster Palästinenser, die Ansicht, daß der palästinensische Staat, der ihm für sein Volk vorschwebte (nicht der auf den Ruinen Israels zu errichtende säkular-demokratische Staat der PLO), keine Armee brauche, „da wir niemanden vernichten und niemanden ins Meer werfen oder unseren Staat auf den Ruinen Israels aufbauen wollen“.

1973 wurde er Herausgeber und Chefredakteur der palästinensischen Wochenschrift „Sawt el Jamaheer“ (Stimme des Volkes), die zum wechselseitigen Verständnis und zu einer Kompromißlösung für das Nahostproblem aufrief. Diesem Presseunternehmen war leider kein langes Leben beschieden. Abu Shilbaya ist heute Herausgeber der in arabischer Sprache erscheinenden Jerusalemer Tageszeitung „Al Anba“, in der er seine publizistische Tätigkeit fortsetzt. Ob er auch jetzt noch dieselben Gedanken offen vertritt, die er jahrelang geäußert hat, oder ob er dem Druck der PLO, dem die Palästinenser in den besetzten Gebieten heute ausgesetzt sind, der Drohung, daß sie wegen „Hochverrats“ getötet werden sollen, wenn sie nicht „konform gehen“, nachgegeben hat, möge der Leser anhand seines Artikels selbst entscheiden.

Gideon Weigert

Ich glaube nicht, daß das Palästinenserproblem, der zentrale Punkt des Nahostkonfliktes, so schwierig ist, daß es keine gerechte Lösung gäbe. Es hat, weil es im letzten halben Jahrhundert ungelöst geblieben ist, Kriege und Blutvergießen heraufbeschworen; es hat den Weltfrieden bedroht und weltweit die Wirtschaftsprosperität in Frage gestellt, weil es eng mit dem Öl des Nahen Ostens verknüpft ist und somit den „wirtschaftlichen Nerv“ Europas, Japans und der USA berührt. Ich glaube, daß dieses Problem vor allem deshalb noch nicht gelöst worden ist, weil diejenigen, die es zu lösen versuchen (oder dies zumindest behaupten), einige seiner Grundelemente in ihrer Bedeutung verkennen. Ich meine die folgenden Tatsachen:

1. Seit das Palästinenserproblem auf der Weltbühne aufgetaucht ist, haben viele Seiten ihre Hilfe angeboten. Sämtliche Beteiligten haben indessen die Palästinenser selbst ferngehalten. Alle Länder der Welt, fast alle Parteien und Organisationen bieten um die Wette ihre eigenen Ansichten und Lösungsversuche an, die Palästinenser selbst jedoch dürfen nichts sagen. Die gesamte Welt hat sich zum Vormund des palästinensischen Volkes gemacht

und spricht über dessen Probleme, aber die Palästinenser als die eigentlich Betroffenen sind ausgeschlossen. Sie sind kein Gesprächspartner, ihnen bleibt das Mitspracherecht verwehrt. Von Anfang an ist die Lösung dadurch erschwert worden, daß die Palästinenser ignoriert und sämtliche Vorschläge hinter ihrem Rücken gemacht wurden. Ein Resultat dessen war der Krieg von 1948. An seinem Ende trafen Israel und die arabischen Staaten Vereinbarungen — ohne die Palästinenser. Folglich wurde kein wirklicher Frieden erzielt. Die Konsequenz waren die Kriege von 1956, 1967 und 1973.

2. In der Vergangenheit gab es auf der Welt das Judenproblem, das Problem eines Volkes, das in Gettos lebte und von antisemitischen Bewegungen verfolgt wurde. Millionen wurden umgebracht. Heute ist die Welt mit dem Palästinenserproblem konfrontiert. Die Palästinenser, die zum Teil in Lagern unter Bedingungen gehalten werden, die schlimmer sind als im Getto, sind die Juden von heute: Sie sind — in der Hand der arabischen Regime, unter denen sie leben — vielfältiger Ungeerechtigkeit, ja vernichtenden Schlägen ausgesetzt. Obwohl viele dieser arabischen Regime

im Namen der Palästinenser und für deren Sache Milliarden eingesteckt haben, leben die meisten Lagerinsassen in Armut und Elend.

3. Nach der Türkenherrschaft wurden die Palästinenser in den letzten 60 Jahren von Briten, Israelis und von arabischen Staaten (Jordanien, Ägypten) regiert. In dieser ganzen langen Zeit waren sie — und sind es noch heute — hartem fremden Diktat unterworfen. Sie dürfen weder Parteien noch Gewerkschaften noch wirklich unabhängige Zeitungen gründen. Viele von ihnen wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen. Ich glaube, daß die Palästinenser Unabhängigkeit und Demokratie wollen; das eine ohne das andere kann es nicht geben — Demokratie wie in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Großbritannien, den USA oder Israel.

4. Hinsichtlich ihrer Bildung stehen die Palästinenser an der Spitze nicht nur der Länder des Nahen Ostens, sondern der gesamten Dritten Welt. In mancher Hinsicht übertreffen sie sogar die Israelis (beispielsweise im Prozentsatz ihrer Akademiker). Nach der Besetzung der Westuferregion und des Gaza-Streifens durch die Israelis traten infolge des täglichen Umgangs mit ihnen bei den Palästinensern viele tiefgreifende soziale Veränderungen ein, besonders hinsichtlich der Stellung der Arbeiter und der Frauen. Die Zahl der im israelischen Staatsgebiet arbeitenden Palästinenser aus den besetzten Gebieten hat beträchtlich zugenommen. Es sind gegenwärtig über 100 000 — ein hoher Anteil angesichts einer Bevölkerung von 1,1 Millionen. Der palästinensische Arbeiter in den besetzten Gebieten sieht heute täglich, welche politischen und sozialen Rechte sein Kollege aus Israel genießt. Diese Rechte und diesen Status möchte er ebenfalls besitzen. Und den palästinensischen Frauen, die Tag für Tag sehen, wie die Frauen in Israel leben, haben sich völlig neue Perspektiven eröffnet. Viele Arbeiter und Frauen wollen daher die Abschaffung der alten halbfeudalistischen (arabischen) Stammesgesellschaft. Sie fordern ein demokratisches Regime für die Verwirklichung ihrer Interessen.

5. Auch in diesen Gebieten existiert eine reiche Minderheit neben der noch in Armut lebenden Mehrheit. Aus Statistiken von 1979 geht hervor, daß die Einnahmen beispielsweise aus dem Anbau von Zitrusfrüchten im Gazastreifen 1,5 Milliarden israelische Pfund betragen und daß Landwirtschaft und Industrie der Westuferregion weitere 3 Milliarden erbringen. Die Hauptnutznieser dieses Reich-

tums sind jedoch im Gazastreifen nur 500 Familien (bei einer Bevölkerung von ca. 400 000) und in der Westuferregion 2 000 Familien, also insgesamt 2 500 Familien bzw. — sämtliche Familienangehörigen mitgerechnet — 50 000 Personen (berechnet auf der Grundlage von 20 Personen pro Familie). Dies ist ein Indiz dafür, daß die großen Einkommen in beiden Gebieten sich auf einen kleinen Bevölkerungsteil konzentrieren, während der Rest — Lohnarbeiter, Lehrer und Angestellte — mit einem Monatseinkommen zwischen 8 000 und 25 000 und manche sogar mit nur 5 000 israelischen Pfund auskommen müssen. (Ein israelisches Pfund entspricht 0,042 DM.)

Daneben fließen zwar im Rahmen des von verschiedenen arabischen Ländern unterhaltenen „Widerstandsfonds“ (Amwal e- Zumud) große Beträge in die Gebiete, doch gehen sie wiederum an die Wohlhabenden und Einflußreichen. Daher sieht man heute neben den Elendsvierteln auch herrschaftliche Villen und Paläste. Es ist meine Überzeugung, daß wir eine Regierung brauchen, die die Interessen der gesamten Bevölkerung und nicht nur diejenigen der Reichen vertritt.

6. Die Palästinenser sind Teil der arabischen Welt. Sie treten für „offene Tore“ zwischen sich und den Nachbarstaaten ein; sie lehnen es ab, in der Isolation zu leben. Ich glaube, daß dieser Zweck am besten durch eine Föderation der Palästinenser und ihren Nachbarn erreicht werden könnte. Damit würde der Nahe Osten zu einer aus verschiedenen Nationen bestehenden „Mosaikgesellschaft“, in der jedes Volk seinen eigenen Staat und das Recht auf Selbstbestimmung haben muß: die Syrer, die Ägypter, die Juden von Israel und die Palästinenser. Sie alle sollen später eine Staatenföderation bilden.

7. Man muß hier indessen die Existenz eines negativen Phänomens berücksichtigen: den radikalen Zionismus, der die Palästinenser als „Fremde“ betrachtet. Er empfindet die Beschlagnahme arabischen Grundbesitzes und macht die Menschen zu landlosen Massen, was es erleichtern könnte, sie als jordanische Staatsbürger des Landes zu verweisen. Immerhin erklärte der ehemalige israelische Minister Dayan einmal: „Man sollte sie alle nach Amman schicken, weil sie schließlich Jordanier sind.“ Das Palästinenserproblem würde auf diese Weise jedoch nur zur Zeitbombe.

8. Die Israelis haben, soviel ich weiß, im Gebiet von Jerusalem ca. 20 000 Dunam (1 Dunam = 1 000 qm) arabisches Land konfisziert und dar-

auf jüdische Wohnviertel für Einwanderer gebaut. Sie haben zwar die Mauern, die die beiden Stadtteile voneinander getrennt haben, niedergerissen, dafür aber Dutzende „psychologischer Mauern“ zwischen den beiden Völkern errichtet. Teddy Kollek, dem Bürgermeister von Jerusalem, und einigen seiner Mitarbeiter, die sich große Mühe geben, den Arabern zu helfen, werden von radikalen Juden Hindernisse in den Weg gestellt.

Aus allem bisher Gesagten ergeben sich für mich die folgenden Schlüsse:

— Wenn nicht Entscheidendes geschieht, wird im Nahen Osten ein Staat wie das frühere Rhodesien entstehen, in dem die Juden die „Herren“ und die Palästinenser die „Diener“ sind.

— Die Errichtung eines „säkularen demokratischen Staates“, wie er von der PLO gefordert wird, würde lediglich zur Schaffung eines Zweivölkerstaates führen und weitere Kriege verursachen — wie in Zypern oder in Palästina unter dem britischen Mandat.

— Sollten die besetzten Gebiete ganz oder teilweise an Jordanien zurückgegeben werden, würde dadurch die Demokratie zunichte gemacht. Das traditionelle haschemitische Regime würde die Klassenunterschiede wie in der Vergangenheit strikt aufrechterhalten — ein fruchtbarer Nährboden für den Kommunismus!

Ich glaube demgegenüber, daß die Lösung in dem folgenden Vier-Punkte-Programm liegen könnte:

1. Errichtung eines palästinensischen Staates in der Westuferregion und dem Gazastreifen. Der Westteil von Jerusalem soll zu Israel und der Ostteil zum palästinensischen Staat gehören. Jeder Stadtteil erhält seine eigene Stadtverwaltung; beide Seiten wählen jedoch einen übergeordneten Zentralrat für Jerusalem.

2. In einer zweiten Etappe sollte zur Gewährleistung der Demokratie ein Staatenbund zwischen Israel, dem Palästinenserstaat und dem haschemitischen Königreich Jordanien geschaffen werden.

3. Die beiden Teile Jerusalems bilden die Hauptstadt der Föderation.

4. Ein Anschluß an diese Föderation sollte allen Ländern des Nahen Ostens, insbesondere Ägypten, offenstehen.

Die Palästinenser versichern der Welt und betonen nachdrücklich: Wir wollen die Israelis

nicht ins Meer werfen. Wir wollen aber auch nicht in die Wüste gejagt werden. Wir wollen unseren eigenen palästinensischen Staat nicht auf den Ruinen Israels, sondern Seite an Seite mit Israel errichten.

Ich glaube, daß zur Verwirklichung dieses Planes die folgenden Maßnahmen ergriffen werden sollten: Die USA sollten diesem Plan zustimmen; sie sind das Land mit den freundschaftlichsten Beziehungen zu Israel und den meisten arabischen Staaten, insbesondere zu Ägypten. Die USA und Europa sollten ihren Einfluß dazu nutzen, daß die PLO und Israel sich auf der Grundlage einer vollständigen Einstellung von Terror und Gewalt gegenseitig anerkennen und daß die PLO-Grundsatzklärung so abgeändert wird, daß den Israelis in ihrem Staat ein Leben in Frieden und Sicherheit garantiert wird.

Die besetzten Gebiete sollten für die Dauer von fünf Jahren unter US-Aufsicht gestellt werden. Am Jordan und an den Grenzen zu den Nachbarländern sowie an der Grenze zwischen den (ehemals) besetzten Gebieten und Israel sollten amerikanische Beobachtungsposten errichtet werden.

Die Palästinenserorganisationen sind in den Gebieten zuzulassen, müssen sich jedoch zuvor als politische Parteien konstituieren.

Zwei Jahre nach dem Beginn der Interimsperiode finden freie Wahlen zu einem palästinensischen Parlament statt, das seinerseits eine palästinensische Regierung wählt, die mit Israel über sämtliche wichtigen Fragen — insbesondere das Flüchtlingsproblem — verhandelt.

Gleichzeitig finden in beiden Teilen Jerusalems die Wahlen für die Stadträte und für den übergeordneten Jerusalemer Stadtrat statt.

Ein israelisch-palästinensisches Komitee unter US-Vorsitz arbeitet ein Sonderstatut für die beiden Teile Jerusalems aus, das die vereinigte Hauptstadt der angestrebten Föderation von Israel, dem Palästinenserstaat und dem haschemitischen Königreich Jordanien werden soll.

Die USA nutzen ihre guten Beziehungen zu Jordanien für die Einführung einer (wirklichen) Demokratie in diesem Land und bereiten den Weg für die Bildung einer (wirklich) modernen Regierung, damit Jordanien in die Lage versetzt wird, mit den Regierungen der Palästinenser und der Israelis zu verhandeln

und die Grundlagen für den Staatenbund zwischen den drei Ländern zu schaffen.

Ich wünschte, daß alle Nationen der Welt, besonders jedoch die USA, an der Verwirklichung dieses Planes mitarbeiten, damit Frieden in diesem Teil der Welt herrscht, das Öl

weiter fließt, der Kommunismus nicht in diesem Gebiet Fuß faßt und Jerusalem kein „zweites Belfast“ wird.

(Übertragen aus dem Arabischen ins Englische von Gideon Weigert)

Palästinenser und Israelis – jenseits der Schlagzeilen

Eine israelische Stimme

Wer ist Palästinenser?

Im streng historischen Sinn muß man als Palästinenser die ständigen Einwohner Palästinas unter der Mandatsregierung bis Mai 1948 bezeichnen, und zwar Juden und Araber (Moslems, Drusen, Christen oder anderen religiösen Bekenntnissen zugehörig). Seit der offiziellen Beendigung des britischen Mandats über das Heilige Land im Mai 1948 gibt es eine territoriale Einheit „Palästina“ nicht mehr, gibt es in diesem Sinn auch keine Palästinenser — also Einwohner dieses Gebiets mit palästinensischem Paß — mehr.

So gesehen, sollte man besser nicht von Palästinensern, sondern von „ehemaligen Palästinensern“ sprechen. Alle Juden und Araber des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina, die nach der Gründung Israels in ihren Städten und Dörfern bleiben wollten, wurden nun israelische Staatsbürger. Diejenigen Araber, die in Judäa und Samaria blieben — auch sie ehemalige Palästinenser —, wurden Staatsbürger Jordaniens.

Einer dritten Bevölkerungsgruppe, den Einwohnern des Gazagebietes, das 1948 von der ägyptischen Armee besetzt wurde und bis zum Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 unter ägyptischer Militärherrschaft blieb, wurde von ihren arabischen Besatzern die Staatsbürgerschaft verweigert. Sie — ebenfalls ehemalige Palästinenser — sind heute staatenlos. Außer Israel und Jordanien — unter König Abdullah (der 1951 in der Altstadt von Jerusalem beim Betreten der Al-Aqsa-Moschee von einem Araber ermordet wurde) — gewährte kein einziger arabischer Staat „seinen“ ehemaligen Palästinensern die Staatsbürgerschaft. Alle heute in Syrien, Irak, Libanon, Ägypten und in der übrigen arabischen Welt lebenden ehemaligen Palästinenser mit Ausnahme derer in Israel und dem haschemitischen Königreich Jordanien (einschließlich des Jordan-Westufers und Ostjerusalems) sind Staatenlose. Die

letzte offizielle Zählung der Bevölkerung Palästinas wurde 1946 von den britischen Mandatsbehörden durchgeführt. Seitdem hat es keine objektive, amtliche Gesamtzählung mehr gegeben. Nach der Erhebung von 1946 gab es ca. 700 000 jüdische Palästinenser und 1,1 Millionen arabische Palästinenser unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse.

Im Laufe des Unabhängigkeitskrieges, der von den Invasionsarmeen von fünf Mitgliedstaaten der Arabischen Liga 1948—49 mit dem Ziel begonnen wurde, den Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die Errichtung zweier Staaten in Palästina — eines jüdischen und eines arabischen — unwirksam zu machen, kam es zu einem Massenexodus arabischer Palästinenser. Von Ausnahmen abgesehen, handelte es sich hierbei indessen keineswegs — wie in Europa oft angenommen wird — um organisierte Aktionen der Zionisten, mit denen die arabischen Palästinenser zur Flucht gezwungen werden sollten, sondern vielmehr um das Resultat einer Entscheidung der damaligen Führung der arabischen Palästinenser, die ihr Volk als erste im Stich ließ und in Beirut und Kairo Zuflucht nahm, sowie der Arabischen Liga, die die arabischen Palästinenser aufrief, ihre Städte und Dörfer — ihr Land — vorübergehend zu verlassen, bis die arabischen Armeen es vom zionistischen Feind gesäubert hätten und sie wieder heimkehren könnten¹⁾.

¹⁾ Literatur: Mohammed Abu Shilbaya, Kein Friede ohne einen palästinensischen Staat (arabisch), Jerusalem 1971; über die Auswanderung der arabischen Palästinenser aus Jaffa: Mahmud el Irani, Ma A-Naas (Mit dem Volk) (arabisch), Amman 1952; Memoiren des ehemaligen syrischen Premierministers aus der Epoche 1948—49: Muzakarät Khaled el Azzem (Die Memoiren des Khaled el Azzem) (arabisch), Beirut 1973; Abu Mazen, palästinensischer Schriftsteller, in der PLO-Zeitschrift „Falastin e-Thawra“ (Palästinensische Revolution) (arabisch), Beirut, März 1976.

Von den „arabischen ehemaligen Palästinensern“ leben heute:

<i>in Israel</i> (israelische Staatsbürger)	ca. 600 000
<i>in Ost-Jerusalem</i> (jordanische Staatsbürger)	ca. 100 000
<i>in Judäa und Samaria (Jordan-Westufer)</i> (jordanische Staatsbürger)	ca. 730 000
<i>im Gazastreifen</i> (von den Ägyptern staatenlos gelassen)	ca. 430 000
insgesamt gegenwärtig unter israelischer Verwaltung	ca. 1 860 000

Jordanien (Jordan-Ostufer)
(jordanische Staatsbürger)

1 000 000

Die übrigen leben als Flüchtlinge in der arabischen Welt, den Staaten am Persischen Golf, in Nordafrika, Europa, den USA, Mittel- und Südamerika.

Schätzungen zufolge liegt die Gesamtzahl der „arabischen ehemaligen Palästinenser“ bei 3 bis 3,5 Millionen. (Wenn im folgenden schlicht von Palästinensern die Rede ist, so sind damit, dem üblichen Sprachgebrauch folgend, eben diese „arabischen ehemaligen Palästinenser“ gemeint.)

Ist die PLO der einzige Sprecher der Palästinenser?

Ist es wahr, daß die heute unter israelischer Herrschaft lebenden ca. 1,8 Millionen Palästinenser und ihre im Haschemitischen Königreich Jordanien (Jordan-Ostufer) lebenden Brüder alle mit Artikel 10 der PLO-Nationalkonvention von 1968 übereinstimmen und Aktionskommandos fordern, die den Kern einer Armee für den palästinensischen Volkskrieg bilden sollen? Ist es wahr, daß sie im Grunde ihres Herzens — und nicht nur nach außen hin — die Errichtung eines säkularen Staates auf dem *gesamten* Territorium des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina, also auf den Ruinen der zionistischen Bewegung, wollen? Ist es wahr, daß sie alle sowohl die UNO-Resolutionen 242 und 338 wie auch die Bemühungen der Genfer Friedenskonferenz von 1974 und schließlich den Autonomieplan von Camp David von 1979 ablehnen? Ist die PLO wirklich ihr einziger Sprecher?

Wir bezweifeln es. Zur Untermauerung unserer These möchten wir zunächst die Äußerungen zweier die Zukunft des betroffenen Gebietes maßgeblich beeinflussender Persönlichkeiten aus jüngster Zeit anführen. König Hussein betonte in den letzten Juni-Tagen 1980 nach zweitägigen Verhandlungen mit Präsident Carter in Washington, daß Israel und die PLO sich „gegenseitig anerkennen“ müßten, ohne letztere als die „alleinige Sprecherin“ der Palästinenser zu akzeptieren, wie es die Arabische Liga Ende 1973 gefordert hatte.

In einem Fernsehinterview in Alexandria am 20. Juni (siehe „The Jerusalem Post“ vom 22. Juni 1980) erklärte der ägyptische Staatspräsident Sadat: „Ich kann nicht mehr mit dem arabischen Standpunkt übereinstimmen, nach dem die PLO die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist“, und er fügte

hinzu: „Angesichts ihrer (der PLO) Aktionen erkenne ich sie nicht mehr als solche an. Ich habe Vorbehalte hinsichtlich ihres Status...“

Weitere Argumente zur Stützung unserer These ergeben sich aus dem folgenden stichwortartigen Überblick über die Entwicklung der Lage in den besetzten Gebieten während der Zeit zwischen Herbst 1973 und Herbst 1977, also zwischen dem Yom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 und dem historischen Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten in Israel im November 1977.

Durch den Yom-Kippur-Krieg und die anschließende Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Algier im Dezember 1973 schlug die Stimmung am Westufer des Jordans und im Gazastreifen zunächst abrupt um. (Auf dieser Konferenz wurde zum ersten Mal eine Resolution verabschiedet, in der die PLO als die „alleinige Vertretung der Palästinenser“ anerkannt wird. Das geschah also nicht, wie in Europa vielfach angenommen und auch von deutschen „Kennern“ bis zum heutigen Tage oft fälschlich behauptet wird, erst auf der Konferenz von Rabat im Oktober 1974.) Zugleich verminderte sich der Einfluß von König Hussein, denn die Befürworter seines im Frühjahr 1972 angekündigten Föderationsprojektes fürchteten sich, angesichts der wachsenden Welle politischer Morde an Palästinensern durch aus dem Beirut Hauptquartier der Palästinenserorganisationen gesandte Terroristen ihre Meinung weiterhin offen zu äußern. Das Föderationsprojekt versank gewissermaßen in diesem erzwungenen Schweigen. Auch die Bewegung, die vor 1973 einen freien Staat Palästina befürwortete, der neben, anerkannt von und in Zusammenarbeit mit Israel bestehen sollte (Abu-Shilbaya-Gruppe), wurde aus

dem gleichen Grund schwächer, und seine Hauptverfechter verstümmten (zumindest vorübergehend). Zu einem Stimmungshöhepunkt zugunsten der PLO kam es im November 1974 mit dem Erscheinen Yassir Arafats vor der UNO-Vollversammlung mit einem Olivenzweig in der Hand und einer Pistole am Gürtel — es war übrigens das erste Mal, daß ein mit einem Revolver Bewaffneter vor die Vollversammlung trat.

Aber wie so oft im Orient, so kam auch dieses Mal der Wind bald wieder aus einer anderen Richtung. Daß eine Wendung eingetreten war, zeigte sich mit aller Deutlichkeit, als im April 1977 trotz der Drohungen der PLO-Medien Zehntausende von Palästinensern vom Westufer des Jordans, aus dem Gazastreifen und aus Ost-Jerusalem über die Jordanbrücken zum königlichen Palast in Amman strömten, um König Hussein ihr Beileid zum tragischen Tod der Königin Aliyah bei einem Flugzeugunglück auszudrücken. Die Pilgerfahrt dieser vielen Tausend Menschen nach Amman war ein Beweis, daß König Hussein trotz der Beschlüsse der Arabischen Liga von 1973 und 1974 keineswegs, wie die europäische Presse überwiegend meinte, „aus dem Spiel“ war. In der Praxis hielten offensichtlich die Palästinenser oder zumindest doch ein großer Teil von ihnen den Haschemiten-König nach wie vor für zuständig, ihre Probleme zu lösen.

Ein weiterer Beleg: Trotz erneuter hysterischer Drohungen der PLO-Radiostationen in Beirut gegen jene Palästinenser vom Westufer und vom Gazastreifen, die es wagen sollten, mit dem damaligen US-Außenminister Vance über ihre Zukunft zu sprechen, erschien im Herbst 1977 auf einem Empfang für Vance in Israel eine große Delegation der Einwohner dieser Gebiete, überreichte ihm ein detailliertes Memorandum und diskutierte mit ihm über die Zukunft der Gebiete.

Diese wenigen Stichworte zur politischen Einstellung in diesen Gebieten zwischen 1973 und 1977 müssen zumindest durch den Hinweis vervollständigt werden, daß diese Jahre im wahrsten Sinne des Wortes die „Entwicklungsjahre“ für die palästinensischen Einwohner der West-Banks und des Gazastreifens waren, eine Zeit ungeheurer Fortschritte in vielen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, gekoppelt mit einer Aufbaubewegung im öffentlichen und im privaten Sektor wie nie zuvor in diesen Gebieten — ungeachtet des Auf und Ab des politischen Geschehens, in dessen Verlauf es oftmals zu Spannungen, Streiks, Demonstrationen und periodischen Gewaltakten

kam. Es lassen sich insbesondere die folgenden Erfolge verbuchen:

— Große landwirtschaftliche und industrielle Fortschritte auf dem Westufer des Jordans,

— die Wiederbesiedlung des Gazastreifens mit Zehntausenden palästinensischer Flüchtlinge, die ihre Elendsquartiere freiwillig verlassen und in moderne, sanitär gut versorgte Wohnprojekte einzogen,

— das Wunder einer „Grünen Revolution“ auf dem Gazastreifen, bei der sich die Siedler selbst übertrafen²⁾.

Dieses und vieles andere konnte dank zweier miteinander gekoppelter Faktoren erreicht werden: durch die Bereitschaft der arabischen Bevölkerung, Ersparnisse zu opfern und Energie und Arbeitskraft zu investieren sowie durch das Wohlwollen der israelischen Regierung und ihre tätige Hilfe.

Die These, die Palästinenser auf dem Westufer des Jordans und im Gazastreifen sähen die PLO als ihren einzigen Sprecher an, wird auch durch viele publizistische Äußerungen in Presse und Fernsehen widerlegt, von denen hier nur drei kurz wiedergegeben seien:

In den Wochen unmittelbar vor dem Besuch Staatspräsident Sadats in der Heiligen Stadt Ende November 1977 wehte spürbar ein frischer Wind der Friedensbereitschaft auf den West-Banks und im Gazastreifen. Der palästinensische Rechtsanwalt Hussein e-Shiyukhi erklärte beispielsweise in einem in einer Jerusalemer arabischen Tageszeitung veröffentlichten Bildinterview: „PLO — ja; aber Demagogie, Diktatur und millionenfache leere Versprechungen — nein.“ Er fügte hinzu: „Die Zeit ist reif für Vernunft und Argumente — nicht für Emotionen.“³⁾ In einem Zeitungsartikel, in dem der palästinensische Journalist Mohammed Nasseriah aus Jericho die Gräueltaten von PLO-Führern während des libanesischen Bürgerkrieges gegen Angehörige ihres eigenen Volkes beschrieb, stellte er ihnen die Frage: „Wenn Ihr mit den Palästinensern dort so umspringt, was werdet Ihr dann erst mit uns machen, die wir in den Gebieten des ehemaligen Palästina leben, wenn Ihr erst die Macht

²⁾ Literatur: (deutsch) Sie pflügen neue Felder, Jerusalem 1975, (englisch) Arabs and Israelis — Life together, Jerusalem 1975, (deutsch) Sie werden niemals zurückblicken, Jerusalem 1975, (englisch) Flourishing Deserts (The Green Revolution in the Gaza Strip), Jerusalem 1977. Geschrieben und veröffentlicht vom Verfasser dieses Aufsatzes.

³⁾ Al Anba, arabische Tageszeitung, Jerusalem, 2. 9. 1977.

über uns habt?" Und in Hebron sagte der ehemalige jordanische Innenminister Mustapha Doudeen offen vor der Kamera des arabischen Fernsehens: „Die PLO vertritt uns nicht.“ Und

er forderte, daß eine Palästinenser-Delegation in die arabischen Hauptstädte reisen solle, um den Widerruf der Beschlüsse der Gipfelkonferenz von Rabat über die PLO durchzusetzen.

Die Einstellung der Palästinenser zum Friedens- und Autonomieplan

Während des zweitägigen Besuches von Präsident Sadat in Jerusalem drohten die PLO-Sprecher der Radiostationen in Syrien und dem Libanon den West-Bank- und Gaza-Palästinensern entsetzliche Konsequenzen für den Fall an, daß sie es wagen würden, mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Kontakt aufzunehmen oder ihm auch nur im geringsten ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Doch trotz dieser Drohungen wurde Sadat in der Präsidentensuite des Hotels von Delegationen vom Jordan-Westufer, aus Ost-Jerusalem und vom Gazastreifen aufgesucht, die mit ihm über seinen Friedensplan sprechen wollten. Nach Ägypten zurückgekehrt, empfing der Präsident Delegationen von Hunderten von palästinensischen Gemeindefachleuten und Würdenträgern, die nach Kairo gekommen waren, um ihn zu seiner Friedensinitiative zu beglückwünschen.

Mitte Dezember 1977, am Tage der Eröffnung der israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen im Kairoer „Mena-House“-Hotel, veröffentlichte die palästinensische Tageszeitung „Al Quds“ auf der Titelseite zwei Fotos⁴⁾, die jeweils die Leiter der ägyptischen und israelischen Delegationen beim gemeinsamen Händedruck in Kairo und die israelische „EL AL“-Maschine, festlich geschmückt und mit den Worten „Salem — Shalom“ (Frieden) in hebräischer und arabischer Schrift auf dem Cockpit, beim Start vom ersten Direktflug nach Ägypten auf dem Ben-Gurion-Flughafen zeigten. Der Leitartikel der „Al Quds“ lobte die Sadat-Initiative und hob die „historische Bedeutung“ der ägyptisch-israelischen Friedensbemühungen hervor.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens von Camp David im September 1978 bot das Westufer des Jordans keineswegs das Bild einer geschlossenen Ablehnung der Vereinbarungen und der vorgesehenen Autonomie. Im Gegenteil: Der frühere Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, äußerte z. B. vor einer Gruppe amerikanischer Professoren, die ihn im Rathaus aufsuchten, 90 Prozent der Bevölkerung der betroffenen Gebiete begrüßten

Präsident Sadats Friedensplan. Da er danach wiederholt Morddrohungen erhielt, ist heute derselbe Bürgermeister allerdings — zumindest nach außen hin — der wortreichste Verfechter des autonomiefindlichen PLO-Standpunktes. Bereits im Dezember 1977 erklärte der frühere jordanische Ministerpräsident und jetzige Bürgermeister von Nablus, Ra'ouf el Fares, gegenüber einem Korrespondenten des arabischen Fernsehens: „Ich habe es mit dem ehemaligen Mufti von Jerusalem, General Kawkji, Abdul Kader Hussein und vielen anderen Kriegstreibern versucht. Heute trete ich für Präsident Sadat ein. Ein einziges Mal möchte ich einen anderen Weg gehen, und wenn es mich das Leben kosten sollte.“ Und schon wenige Tage nach Camp David schrieb der bekannte Rechtsanwalt Elias Shehadeh in einer arabischen Palästinenserzeitung: „Wir sollten das magische Wort NEIN, das 30 Jahre lang nichts als Tragödien und Katastrophen über die Palästinenser gebracht hat, endlich vergessen. Dieses Mal sollten wir den neuen Vorschlag wenigstens erst einmal ernsthaft prüfen, bevor wir ihn ablehnen.“

Trotz verstärkter Einschüchterungsmaßnahmen durch die PLO und der Ermordung von vier maßgeblichen Sprechern der Westuferregion als Verräter durch palästinensische Terroristen mahnte ein Leitartikel in „Al Quds“ mutig: „Es wird höchste Zeit, daß wir die schweigende Mehrheit der betroffenen Gebiete fragen, wie sie über eine zukünftige Lösung denkt. Laßt uns um Himmels willen nicht in die alten Zeiten der politischen Morde zurückfallen.“ (Gemeint waren die Unruhen von 1936—1939, als Hunderte von Opponenten des Ex-Muftis von Jerusalem von dessen Schergen umgebracht wurden.) Neben der massiven Unterstützung des autonomiefindlichen Standpunktes durch einige (keineswegs alle 24) Bürgermeister des Westufers, besonders derer von Hebron, Nablus, Ramallah und Tul karem, die ein „Nationales Führungskomitee“ bildeten, das sich die Aufgabe gestellt hatte direkt unter den Augen des israelischen Militärgouverneurs eine Kampagne der Einschüchterung autonomiefreundlicher Kreise mit Protestorganisationen und Streiks zu orga-

⁴⁾ Al Quds (arabisch) Nr. 2963, 14. 12. 1977.

nisieren, gab es durchaus auch weiterhin prohaschemitische Tendenzen. Die bekanntesten Persönlichkeiten zogen es jedoch nach eingehenden Warnungen aus Beirut vor, entweder überhaupt nichts zu sagen oder zumindest nach außen hin der PLO Lippendienste zu leisten und nur privat zuzugestehen, daß man mit dem Autonomieplan doch wenigstens einmal einen „Probelauf“ unternehmen sollte.

In „Al Anba“ riet Abbu Shilbaya den Palästinensern zu einem modifizierten Autonomieplan für die Übergangsphase⁵⁾, während sein Kollege Mohammed Nasseriyah aus Jericho in derselben Zeitung unter der Schlagzeile „Einen anderen Weg gehen ...“ schrieb: „Unsere Reserven an Krieg und Gewalt sind erschöpft. Einmal, nur ein einziges Mal einen anderen Weg gehen.“

Hinzuzufügen ist noch, daß auch der Gazastreifen keineswegs, wie es oft von den Medien geschildert und folglich auch von vielen Deutschen geglaubt wird, das Bild einer Einheitsfront für den autonomiefeindlichen Standpunkt der PLO bot. Ungeachtet des Mordes am Iman von Gaza im Mai 1979 (s. u.) unterstützten nicht nur weite Kreise unter den Palästinensern dieser Region Präsident Sadats Friedensoffensive, sondern sie waren auch bereit, die Autonomie „zuallererst in Gaza“ auszuprobieren, wie dies ursprünglich von dem früheren israelischen Verteidigungsminister Ezer Weizman vorgeschlagen und später auch vom ägyptischen Staatspräsidenten empfohlen worden war. Selbst so maßgebliche Persönlichkeiten wie der Bürgermeister von Gaza, auf den bereits mehrfach Mordanschläge verübt worden waren, verkündeten nach Camp

David frei heraus: „Die Zeiten des Neinsagens sind ein für allemal vorbei.“

Leider förderte die unsichere, zögernde, widersprüchliche Linie der israelischen Regierung in der Zeit nach Camp David den palästinensischen Radikalismus; dieser wiederum schüchterte die Gemäßigten in den betroffenen Gebieten ein. Die Jahre 1979/80 waren sowohl für die Israelis als auch für die Palästinenser in den betroffenen Gebieten eine turbulente, ja vielleicht die spannungsreichste Zeit in den 13 Jahren der israelischen Verwaltung des Jordan-Westufers und des Gazastreifens. Die israelische Regierung versuchte, Massenansiedlungen durchzusetzen und Grundbesitz zu konfiszieren (in einigen Fällen sogar privaten arabischen Grundbesitz, was meistens in letzter Minute vom obersten israelischen Gerichtshof verhindert wurde, den die arabischen Landbesitzer anzurufen pflegten und an dessen gerechtem Vorgehen sie keine Zweifel hegten). Militante israelische Splittergruppen traten in Erscheinung, es kam zu Gegenaktionen ebenfalls militanter arabischer Elemente, die mit Steinen, Sprengstoff und manchmal sogar mit Schußwaffen gegen israelische Zivilisten und Militärangehörige voringen und Jugendliche und arabische Studenten für ihre Zwecke benutzten. Der Leser erinnert sich an die Bilder aus Nablus, Ramallah und El Bireh; sporadische Streiks, Demonstrationen, Blutvergießen, die Vertreibung zweier Bürgermeister und eines Religionsführers aus der Hebron-Region, — Attacken und Gegenattacken. Die Szenerie am Westufer des Jordans in der ersten Jahreshälfte 1980 schien ausschließlich von diesen Ereignissen geprägt.

Einseitige Berichterstattung in den europäischen Medien

Während nun — wie andere nach „action“ dürstende Massenmedien — auch die deutsche Presse diese Ereignisse bei weitem überbewertete, wurden andere Aspekte, sozusagen die Kehrseite der Medaille, nämlich der normale Alltag, der ohne Unterbrechung weiterging, der tägliche Kampf der überwältigenden Mehrheit der „schweigenden Massen“ der Palästinenser, die nach Fortschritten und Verbesserung ihres Lebensstandards strebten, von eben diesen Medien fast vollständig und in wenig rühmlicher Weise vernachlässigt. Diese anderen Aspekte lieferten eben keinen

Stoff für Neuigkeiten, sie hätten gewissermaßen nur „Hund-beißt-Mann“, nicht aber „Mann-beißt-Hund“-Nachrichten geliefert.

Nehmen wir beispielsweise den Fall des ersten Opfers des damals gerade unterzeichneten ägyptisch-israelischen Friedenspaktes, des Imans von Gaza, Hashem Na' aman el Khuzandar, der Ende Mai 1979 vor seiner Haustür ermordet wurde. Die PLO-Organen verkündeten stolz die Liquidierung dieses „Verräters“. Der Religionsführer hatte sich lediglich wiederholt zugunsten der Sadatschen Friedensinitiative ausgesprochen; er hatte unter den Einwohnern von Gaza Delegationen organi-

⁵⁾ Al Anba, 13. 1. 1979.

sirt und zur Unterstützung des ägyptischen Staatspräsidenten nach Kairo gesandt. Er selbst hatte mutig erklärt: „90 Prozent des Volkes von Gaza sind heute glücklich. Wir haben in den letzten dreißig Jahren genug Tragödien erlitten; wir wollen kein NEIN mehr. Jetzt heißt es konstruktiv handeln und miteinander reden.“ Kein Wunder, daß die PLO-Führung dies nicht hören wollte. Der sechzigjährige Scheich mußte mit seinem Leben dafür bezahlen, daß er ausgesprochen hatte, was er und viele Einwohner von Gaza dachten — ein Opfer mehr in der langen Reihe der Palästinenser, die für die „Sache der Befreiung Palästinas“ von ihren eigenen Brüdern ermordet wurden.

Das sei das Ende, meinten wiederholt auch die deutschen Medien — und vergaßen wiederum die Kehrseite der Medaille. Zur selben Zeit nämlich, als das PLO-Kommuniqué aus Beirut die Exekution des „Verräters“ Scheich Khuzandar meldete, errichteten seine Familie und seine Freunde ihm zu Ehren vor seinem Haus am Strand von Gaza eine Gedenktafel, auf der in Koranschrift zu lesen ist: Hier lebte der „Shadid“ (Märtyrer) Scheich Hashem Na' aman Khuzandar“. Dies ist nach dem Koran die höchste Auszeichnung für den Gläubigen, der in Ausübung seiner Pflicht für die Sache Allahs fiel, den SHADID, für den die Tore des Paradieses weit offen stehen.

Und kurz darauf erklärte — wie zur Bestätigung Khuzandars — Mohammed el Azeizeh, der Bürgermeister von Deir Balah, jener Stadt im Süden des Gazastreifens, zu der vier große palästinensische Flüchtlingslager mit Zehntausenden von Einwohnern gehören, offen: „Ich bin für den Frieden. Und wenn man mich tötet, ich werde trotzdem für den Frieden eintreten.“ Der Herausgeber der Monatsschrift Akhaber Ghaza, Ahmed Abu Sirdana, erklärte nach seiner Rückkehr aus Kairo: „Sollen wir etwa weitere 20 Jahre warten, bis die PLO weiß, ob sie Frieden will? Das Volk von Gaza will Frieden unter allen Umständen, und zwar jetzt, zu Lebzeiten.“

Ist der deutsche Zeitungsleser oder Fernsehzuschauer hierüber und über andere, ähnliche Fakten hinreichend unterrichtet worden? Die gleiche Frage wäre auch zu stellen hinsichtlich der stetigen großen Fortschritte am Westufer, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem auch in den Jahren 1979/80, die eben nicht nur turbulent und spannungsreich waren. Wir wollen uns im Rahmen dieser Arbeit auf wenige Beispiele dafür beschränken, daß die Palästinenser unter den für sie ungünstigen Be-

dingungen eines israelischen Regimes und in Zeiten großer Spannungen und Einschüchterungen, der Demonstrationen, Drohungen und Gewalttaten gegen „Freidenker“ und Gemäßigte seitens ihrer eigenen Organisationen Außerordentliches geleistet sowie Friedens- und Kompromißbereitschaft gezeigt haben.

Einzigartig war am Westufer die aufsehenerregende Entfaltung der Genossenschaftsbewegung, vor allem auf folgenden drei Ebenen: der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (vielfach mit dem Export von Frischobst und -gemüse nach Europa durch israelische Exportfirmen), der Erstellung von Wohnprojekten und der Einführung elektrischen Stroms in den Dörfern. Diese „Volksbewegung“, die überhaupt die einzige auf demokratischem Wege und freiwillig entstandene Bewegung der Bauern und Stadtbevölkerung ist, hat ohne das Mitwirken politischer Organisationen, Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Kräfte (aus Landesebene) großflächige neue wirtschaftliche und soziale Projekte zum Nutzen der Bevölkerung ins Leben gerufen. Diese Bewegung hat ihre Mitgliederstärke seit 1967 verdoppelt und umfaßt heute über 30 000 Personen, die in insgesamt 250 freiwilligen Initiativen mit einem Genossenschaftskapital von mehr als 220 Millionen israelischen Pfund organisiert sind.

In Jerusalem brachen die alltäglichen Kontakte zwischen Arabern und Juden und ihr friedliches Miteinander in der fraglichen Zeit trotz wachsender Spannungen keinen einzigen Tag lang ab. Oft mußten sogar während der ihnen von der PLO befohlenen Streiks die Händler in Ost-Jerusalem von der Polizei zur Öffnung ihrer Läden „gezwungen“ werden — liefen die Streiks doch ihren eigensten Interessen zuwider.

An einem dieser Streiktage im arabischen Teil Jerusalems kam der in Ost-Jerusalem lebende ehemalige jordanische Verteidigungsminister Anwar Suseibeh ungeachtet aller Spannungen und Drohungen in den jüdischen Teil der Stadt, um vor einer Ansammlung von Friedensbefürwortern öffentlich zu erklären: „Laßt uns im Interesse unserer Kinder miteinander reden und uns nicht gegenseitig in die Luft sprengen. Wir müssen einen Kompromiß finden.“⁶⁾ Man wird in Jerusalem heute kaum einen Araber finden, der für die erneute Teilung der Heiligen Stadt eintritt oder dafür, daß er und mit ihm andere Palästinenser gehindert

⁶⁾ Al Fajar, englische Ausgabe, Jerusalem 4.5. 1980.

werden, mit den Israelis Handel zu treiben, mit ihnen zu arbeiten und mit ihnen nach eigenem Ermessen zu verkehren.

Erst im Juni sprach der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban im seit 1970 dem Jerusalemer Arbeiterrat angeschlossenen arabisch-jüdischen Freundeskreis, in dem sich Einwohner Jerusalems aus beiden Teilen der Stadt in einer Atmosphäre gegenseitiger Achtung und Toleranz begegnen, vor Hunderten von Arabern und Juden. Dies war nur ein Ereignis in einer seit 1967 ununterbrochenen Reihe gemeinsamer arabisch-jüdischer Kultur- und Sportveranstaltungen in dieser für alle drei Weltreligionen heiligen Stadt.

Und in diesem Sommer begegneten sich wiederum und bereits zum zehnten Mal hintereinander Hunderte arabischer und israelischer Jungen und Mädchen im Rahmen der alljährlich stattfindenden Jerusalemer Jungentage, zu deren Abschluß ein arabischer Palästinenser einstimmig für einen Tag zum Bürgermeister ausgerufen wurde.

In Jerusalem erreichte unter dem israelischen Regime in eben dieser Zeit die palästinensische Nationalpresse einen Höhepunkt ihrer siebzigjährigen Geschichte seit der Gründung Palästinas in Jaffa im Jahre 1911. Zusätzlich zu den drei seit 1968 erscheinenden nationalen palästinensischen Tageszeitungen (zum Vergleich: es gab nur eine einzige arabische Zeitung für das Westufer und Jerusalem am Ende der Epoche König Husseins) umfaßt die neue palästinensische Presse außer mehreren Zeitschriften eine Reihe von Wochenblättern sowie eine Monatsschrift von hervorragendem Niveau. Gemeinsamer Nenner ist: Öffnung in Richtung eines offenen Dialogs zwischen Israelis und Palästinensern, dem ersten Versuch, seit Abu Shilbayas „Sawt el Jamaa“ (Stimme der Massen) 1973 eine ähnliche Richtung einschlug und als geeignete Plattform für diesen Dialog sogar eine arabisch-hebräische Zeitung empfahl. Zwei dieser Blätter erscheinen wöchentlich in englischer und hebräischer Sprache und tragen zum ersten Male Ansichten von Palästinensern direkt in die israelische Öffentlichkeit. Dieses neue palästinensische Presseunternehmen ist inzwischen auch außerhalb der West-Banks und Ost-Jerusalem populär geworden.

Inzwischen wurde auch im Gazastreifen zusätzlich zu zwei schon bestehenden Periodika — einem Wochenblatt und einer Monatsschrift, beide von bekannten palästinensischen Persönlichkeiten herausgegeben — ein neues nationales palästinensisches Wochen-

blatt ins Leben gerufen. In der ersten, von einem Angehörigen der bekannten A-Shawa-Familie (der der Bürgermeister von Gaza angehört) herausgegebenen Ausgabe „A-Sharq el Awsat“ (Mittlerer Osten) werden die Vereinbarungen von Camp David insoweit positiv bewertet, als Israel darin die „legitimen Rechte“ der Palästinenser anerkennt.

Das Hauptmerkmal für die *Entwicklung in Gaza* in dieser Zeit ist die relative Ruhe, das Ausbleiben von Gewaltakten, Streiks und Demonstrationen unter den 400 000 Palästinensern — vor dem Hintergrund der fortschreitenden Praktizierung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages und der damit einhergehenden Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Dieser Prozeß wurde natürlich stark beeinflusst von der geographischen Nähe der Ägypter in El Arish, nur 40 Kilometer entfernt von Rafah am südlichen Ende des Gazastreifens.

Bis Mitte 1980, nur fünf Monate nach der Eröffnung der Grenzstation Ne-ot Sinai zwischen Israel und Ägypten (nach dem Rückzug Israels aus der Umgebung von El Arish), hatten bereits 30 000 Reisende die nunmehr offene Grenze passiert, unter ihnen jede Woche Hunderte von Bewohnern des Gazastreifens. Manche von ihnen wollten Verwandte besuchen, die meisten jedoch fuhren nach Ägypten, um, wie es der Militärgouverneur des Gazastreifens nannte, den Boden für einen wirtschaftlichen Brückenschlag zwischen dem Gazastreifen und Ägypten vorzubereiten.

Und in der Tat ist Gazas — zwar noch in den Anfängen stehende, doch bereits teilweise moderne und automatisierte — Industrie, von der vor 13 Jahren unter dem ägyptischen Regime noch nichts existierte, heute in einem Stadium angelangt, in dem sie in über 600 Produktionseinheiten und 21 Branchen insgesamt 14 Prozent des Wirtschaftsaufkommens im Gazastreifen erarbeitet. Da viele der Erzeugnisse der neuen palästinensischen Gaza-Industrie exportgeeignet sind, erhofft man sich erhebliche Vorteile von dem kürzlich unterzeichneten ägyptisch-israelischen Handelsabkommen. Man rechnet mit dem Absatz der in arabischer Schrift deutlich als „Made in Gaza“ gekennzeichneten Produkte nicht nur in Ägypten selbst, sondern hält Verkäufe — auf dem Umweg über Ägypten — auch in anderen arabischen Ländern für möglich.

Ein exemplarisches Beispiel für die Bereitschaft der Unternehmer von Gaza, für Investitionen Opfer zu bringen und hart für Verbes-

serungen zu arbeiten, ist der Fall von Auni Abu Ramadhan, dem der Verkehrsbetrieb „Gaza and Southern Villages Bus Company“ gehört. Er investierte 45 Millionen israelische Pfund für eine Flotte neuer Mercedes-Busse

für die Verkehrslinie Kairo–Gaza, für die seine Firma vor dem Krieg von 1967 die Genehmigung der ägyptischen Regierung besessen hatte und auf deren Erneuerung er jetzt hofft.

Hoffnung auf einen Kompromiß

Der Verfasser dieses Aufsatzes ist während des Auf und Ab der arabisch-jüdischen Beziehungen in den letzten vier Jahrzehnten stets optimistisch gewesen. Selbst in den düstersten Tagen der arabischen antijüdischen Ausschreitungen in den Jahren 1936–1939, als der Schatten von Blut und Haß über Palästina lag, gab es immer einen Hoffnungsschimmer. Ja, gerade aus den schändlichsten Greueln, den wechselseitig verübten Horrorakten und der tiefverwurzelten Furcht der beiden großen semitischen Völker voreinander, die in diesem gelobten Land Rechte und Pflichten haben, ist eine Grundlehre zu ziehen: Für ihr beiderseitiges Überleben bedarf es eines Kompromisses, ohne den in diesem Land sowohl den Israelis als auch den Palästinensern jeder Weg zu konstruktivem Handeln versperrt bleibt.

Als diese Zeilen in der Mitte des Sommers 1980 geschrieben wurden, gab es Anzeichen dafür, daß die Israelis einzusehen begannen, daß sie zu weit gegangen waren und gegenüber den Palästinensern und ihren Problemen einen gemäßigteren Kurs würden einschlagen müssen. Die Neuansiedlungsprojekte wurden eingeschränkt; dank einer wirksamen Opposition, die wiederholt auch in Urteilen des obersten israelischen Gerichtshofes zum Ausdruck kam, wurde die Konfiszierung arabischen Grundbesitzes eingestellt. Willkürmaßnahmen gegen einige Palästinenserzeitungen, deren Verbreitung in den Territorien nach dem Massaker von Hebron und den Anschlägen auf einige Bürgermeister des Westufers unterbunden wurde, sind mittlerweile aufgehoben worden.

Und es gibt umgekehrt Anzeichen dafür, daß mehr und mehr Palästinenser begreifen, daß der von ihren Organisationen als legitim angesehene Terror ihnen selbst schaden wird. Die Einsicht gewinnt weiter an Boden, daß die in den Vereinbarungen von Camp David vorgesehene fünfjährige Übergangszeit — zumal es sich eben nur um eine Interimsphase handelt — einem Leben in ständiger Angst vor Bajonetten und Bomben vorzuziehen sei. Beide

Parteien sollten die Ermordung von sieben jüdischen Jugendlichen in Hebron und die Anschläge auf das Leben von drei Bürgermeistern der Westuferregion zum Anlaß nehmen, ihre Arroganz der anderen Seite gegenüber aufzugeben und Aktion und Gegenaktion als mögliche Vorboten einer neuen Ära verstehen lernen.

Allgemein, und besonders wohl in Deutschland, neigt man dazu, die Rolle Jordaniens in diesem Geschehen zu vergessen. Als der jordanische Ministerpräsident Sharaf Anfang Juli starb, veröffentlichten sämtliche palästinensischen Zeitungen Nachrufe in Namen der Gemeinden der Westuferregion. Diejenigen Regierungschefs aus der Europäischen Gemeinschaft, die im Juni dieses Jahres in Venedig zusammentrafen, schrieben in ihrer unbegreiflichen Eile, der PLO Sitz und Stimme bei den Verhandlungen zu versprechen, die Haschemiten völlig ab, obgleich dieselbe PLO erst eine Woche zuvor wiederum die Vernichtung Israels und die „Liquidierung des Zionismus mit Waffengewalt“ gefordert hatte. Die europäischen Politiker scheinen dabei zu vergessen, daß sie nur dann Einfluß nehmen können, wenn sie beweisen, daß sie sich nicht nur deshalb um das Wohl der Menschen in den besetzten Gebieten sorgen, weil sie das arabische Öl und den arabischen Handel brauchen. Leider haben sie mit keinem Wort die Notwendigkeit einer Unterstützung und Stärkung jener Palästinenser erwähnt, die — trotz der zunehmenden Drohungen mit physischer Vernichtung durch ihre eigenen Terroristen im Namen der „Befreiung Palästinas“ — noch immer den Mut aufbringen, Mäßigung und Flexibilität zu fordern. Die europäischen Politiker sprachen auch nicht von einer Unterstützung der vielen, vielen anderen Gemäßigten, die in der Vergangenheit den Kompromiß befürworteten und nun vor lauter Angst der PLO nach dem Munde reden.

Das Drängen der Europäer, die Israel dazu bewegen wollen, die PLO so, wie sie derzeit orientiert ist, bei den Friedensverhandlungen als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren,

ist zwecklos und bringt gewiß nicht die Lösung, solange diese Organisation auf einer Grundsatzklärung beharrt, der jeder, der sich die Mühe macht, sie zu lesen, klipp und klar entnehmen kann, daß sie die Vernichtung des jüdischen Staates fordert. Jedenfalls ist die Haltung der Europäer nicht dazu angetan, in uns Israelis jene unerhörte Angst vor unserer physischen Vernichtung „en masse“ verstummen zu lassen, jene grauenvolle Angst vor einer möglichen Wiederholung der Ereignisse der vierziger Jahre, die jeden Juden Tag und Nacht verfolgt. Israel in eine „europäische Lösung“ hineinzumanövrieren, heißt aus unserer Sicht, daß Israel nicht die geringste Überlebensgarantie geboten wird.

Es heißt seit jeher, der Orientale habe ein langes Gedächtnis. Und sollte er wirklich vergessen haben, was vor 40 Jahren geschah — eines wird er sicher nicht vergessen, nämlich jene Ereignisse, die erst sieben Jahre zurückliegen. Er wird sich nur allzu lebhaft erinnern, daß während des Yom-Kippur-Krieges 1973 sämtliche europäischen Nationen, einschließlich der deutschen, den amerikanischen Flugzeugen auf ihrem Wege, einem jüdischen Staat Hilfe zu leisten, der sich an der Schwelle der physischen Vernichtung durch seine arabischen Angreifer aus dem Süden und Norden befand, das Recht verweigerten, auf ihrem Territorium nachzutanken.

In Europa, also auch in Deutschland, wird häufig vergessen, daß Jordanien durch seine Kriegserklärung vom 5. Juni 1967 die Besetzung der Westuferregion und Ost-Jerusalems in der Hauptsache selbst verschuldet hat. Wenn Jordanien, wie der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban richtig bemerkt, Verhandlungen weiterhin ablehnt, obgleich sämtliche Palästinenser am Ost- und Westufer — insgesamt 1,7 Millionen Menschen — jordanische Staatsbürger sind, „laden sie damit den Hauptteil der Verantwortung für das Weiterbestehen des israelischen Regimes in den betroffenen Gebieten auf sich“⁷⁾.

Genauso, wie in Israel niemand ernsthaft bereit wäre, das Gebiet, das so nahe vor seiner Haustür liegt, einem vom Haß getriebenen PLO-Staat in die Hand zu liefern, gibt es umgekehrt sehr viele, die einer jordanisch-palästinensischen Föderation denkbar größte Zuständigkeiten machen würden, wenn auch eine derartige Möglichkeit im April 1972 auf den erstmaligen Vorschlag König Husseins hin vom Kabinettt Golda Meir angelehnt wurde.

Kein objektiver Beobachter des Geschehens in den Gebieten wird bestreiten, daß der alleinige Grund, warum es bisher noch keine palästinensische Friedensbewegung — vergleichbar mit der Initiative „Frieden jetzt“ in Israel — gibt, die übermächtige Angst vor physischer Gewaltanwendung gegen die Führer einer solchen palästinensischen Volksbewegung im In- und Ausland durch die PLO ist.

Wir möchten abschließend noch zwei weitere Aussprüche von Palästinensern — von solchen, die noch zu sagen wagen, was sie denken — zitieren. Bereits 1971 erklärte Abdul Aziz e-Zuabi, gebürtiger Palästinenser und Israels erster arabischer Minister: „Die Juden sollten einen Frieden, der nur für die Juden gut ist, vergessen, und die Araber sollten einen Frieden vergessen, der nur für die Araber gut ist. So etwas kann es nicht geben und so etwas kann keinen Bestand haben. Uns sollte daher ein Frieden genügen, der ein bißchen gut und ein bißchen gerecht ist, nicht ganz und gar gut und ganz und gar gerecht, aber für beide ein bißchen gut und ein bißchen gerecht — für die Araber genauso wie für die Juden.“⁸⁾

Und noch ein Zitat aus jüngster Zeit: Der Herausgeber eines neuen palästinensischen Presseorgans schrieb in einem Leitartikel für die erste Ausgabe seiner neuen Wochenschrift: „Wir von dieser Zeitung halten es für unsere Pflicht, mit den Israelis, die den Frieden lieben und uns helfen wollen, die Kluft zu überbrücken, die die beiden Nationen voneinander trennt, die Hand auszustrecken . . . es ist an der Zeit, daß man in irgendeiner Weise zu einer Übereinkunft gelangt . . .“⁹⁾

Dazu sei noch bemerkt: Der Verfasser ist in den vierzig Jahren, in denen er sich als Sympathisant mit der gerechten Sache der Palästinenser befaßt, mehr denn je zu der Überzeugung gelangt, daß dieses Volk am entscheidenden Kreuzweg seiner siebzigjährigen Geschichte angelangt ist: Sie sollten, wie Abu Shilbaya sagt, nehmen, was ihnen angeboten wird, und später mehr verlangen, „ . . . wir können nicht alles auf einmal haben, wir sollten uns daher mit einem Teil zufrieden geben.“

Es ist wahr, daß der von Israel angebotene Autonomieplan nicht ideal ist; wichtige Einzelheiten bedürfen vielleicht der Änderung. In seinen Grundzügen jedoch ist er unbestreitbar ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

⁸⁾ Palestinian Viewpoints, Jerusalem 1972.

⁹⁾ Hanna Siniora, Chefredakteur, in: Al Fajar, palästinensische Wochenzeitung in engl. Sprache, Ost-Jerusalem, Mai 1980.

⁷⁾ The New York Times, 2. 6. 1980.

Es handelt sich um ein vorläufiges Arrangement, ein Interimsprojekt für fünf Jahre und sollte auch als solches und nicht als ständige Lösung angesehen werden. Der Plan bringt jedoch einige wesentliche Verbesserungen für die Palästinenser, die nicht ohne eingehende Überlegung von der Hand gewiesen werden sollten.

Der Verfasser ist der Überzeugung, daß dieser Plan mehr bedeutet, als die palästinensische Bewegung in ihrem jahrzehntelangen Kampf je erreicht hat. Und dies verdanken sie ironischerweise denen, die von ihren Organisationen als der „Erzfeind des palästinensischen Volkes“ betrachtet werden — den Israelis. Im Autonomieplan von Camp David sind folgende Punkte verankert:

1. Zum ersten Mal ist in einem offiziell anerkannten internationalen Dokument nicht mehr von „Flüchtlingen“, wie in sämtlichen bisherigen UNO-Dokumenten, die Rede, sondern von einem „Volk mit legitimen Rechten“. Keines ihrer arabischen „Bruderländer“ hat ihnen in einem international anerkannten Dokument je einen derartigen Status zugebilligt.

2. Israel hat den Palästinensern einen alle Bereiche umfassenden Frieden angeboten — als der einzige Staat, der ihnen einen solchen Frieden real gewähren kann und ohne dessen Einwilligung ihre Probleme niemals zufriedenstellend gelöst werden.

3. Israel hat den Palästinensern angeboten, seine Militärregierung und seine Zivilverwaltung aus den besetzten Territorien zurückzuziehen und beides durch eine von den Einwohnern demokratisch gewählte Selbstverwaltung zu ersetzen. Eine derartige Selbstverwaltung ist den Palästinensern weder von Jordanien noch von Ägypten angeboten worden, die immerhin die Westuferregion bzw. den Gazastreifen 19 Jahre lang von 1948 bis 1967 besetzt hatten. Und auch keines der übrigen arabischen Länder, in denen Hunderttausende von Palästinensern leben, hat diesen eine vergleichbare Chance gegeben.

4. Israel hat den Palästinensern eine fünfjährige Interimsperiode angeboten, in der sie — sich selbst und aller Welt — beweisen können, daß sie in der Lage sind, sich selbst zu regieren, nachdem sie Jahrhunderte von den Osmanen, dann von den Briten, den Jordaniern, den Ägyptern und den Israelis, nie jedoch von ihren eigenen selbst gewählten Repräsentanten regiert worden sind.

5. Nach dieser fünfjährigen Interimsperiode sollen die Palästinenser als gleichberechtigte

Partner mit den Israelis, Ägyptern und Jordaniern über die Zukunft der Gebiete, über ihre eigene Zukunft, verhandeln. Das ihnen von Israel zugebilligte Vetorecht bedeutet, daß über die Zukunft des Gazastreifens und der Westuferregion nicht mehr ohne die volle Zustimmung der Palästinenser entschieden werden kann. Damit stehen sie an einem Kreuzweg ihrer Geschichte.

Die Palästinenser haben die Möglichkeit, den Autonomieplan grundsätzlich zu akzeptieren und zu versuchen, ihn ihren Vorstellungen soweit wie möglich anzupassen. Würden sie ihre prinzipielle Bereitschaft erklären, mit dem jüdischen Staat in detaillierte Verhandlungen einzutreten, würde sich die israelische öffentliche Meinung mit überwältigender Mehrheit hinter sie stellen und viele ihrer Forderungen unterstützen. Sie können das Angebot aber auch ablehnen, ihre Politik des 30jährigen Neinsagens fortsetzen und weiterhin entweder alles oder nichts fordern. Wie die Zukunft in diesem Fall aussieht, vermag sich jeder vorzustellen. Die Palästinenser werden weiterhin einen militanten Unruheherd in den betreffenden Gebieten darstellen: Auf Aggressionen gegen Israel und die Israelis werden massive Vergeltungsmaßnahmen folgen, schließlich könnte es zu einem neuen arabisch-israelischen Krieg kommen. Die Hauptleidtragenden würden genau wie 1948 und 1967 wiederum die Palästinenser sein — der dritte große Exodus innerhalb von drei Jahrzehnten. Blicke nach einem solchen erneuten Zusammenstoß dann noch etwas von dem übrig, was die Palästinenser in den vergangenen 30 Jahren in Gaza und Nablus, in Hebron und anderswo unter Schweiß und Opfern aufgebaut haben?

Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan, der bekanntlich über ausgezeichnete persönliche Beziehungen zu Palästinensern in der Westuferregion verfügt, erklärte kürzlich in der Universität Haifa, Befürchtungen dieser Art seien ihm gegenüber im privaten Gespräch vielfach geäußert worden¹⁰). Werden die Palästinenser bereit sein, auf der Basis eines Kompromisses über ihre Zukunft zu verhandeln? Oder ist es dafür bereits zu spät? Werden die Supermächte ihnen von oben her eine viel weniger akzeptable Lösung aufnötigen?

¹⁰) Israelischer Rundfunk, 24. 6. 1980.

Einstellungen israelischer Schüler und Studenten zu Deutschland

Die Frage nach dem Stand der Normalisierung der Beziehungen Israels zu Deutschland sollte man nicht nur anhand von Zeitungsberichten oder Reiseeindrücken, sondern auch und am besten auf Grund einer systematischen Ermittlung der Einstellungen von jungen Israelis beantworten. Wir haben versucht, eben dies mit einer kleineren empirischen Untersuchung zu diesem Thema anzugehen, und zwar durch die Auswertung von Erfahrungen im Geschichtsunterricht an israelischen Schulen und Hochschulen. Mit diesem Geschichtsunterricht und mit dem Kapitel der deutschen Geschichte im besonderen befaßt sich die folgende Abhandlung auch; im Brennpunkt steht jedoch nicht die Information, die in israelischen Geschichtsbüchern oder im Geschichtsunterricht vermittelt wird, sondern die Frage der Einstellung der israelischen Schüler und Studenten zu Deutschland und zur deutschen Geschichte.

Anzumerken ist, daß es sich hier um den ersten Versuch dieser Art in Israel handelt.

Die Möglichkeit, dem Thema in den israelischen Schulen nachzugehen, entstand dadurch, daß seit Ende der sechziger Jahre im israelischen Erziehungsministerium ein Curriculumzentrum besteht, dessen Tätigkeit alle Bereiche der Planung und Anwendung von Curricula umfaßt. Das Zentrum wirkt ebenso wie das Ministerium als zentrale Institution für das ganze Land, so daß seine Richtlinien letztlich für das gesamte Schulsystem Geltung haben. Das Zentrum bestimmt nicht nur die Lehrpläne, die Curricula, sondern arbeitet auch an der Schulbuchproduktion mit. Im Rahmen dieses Zentrums werden Schulbücher verfaßt, wird experimentiert und evaluiert. Die Produkte dieser Arbeit konkurrieren dann auf dem Schulbuchmarkt; sie gelten wegen der systematischen Bearbeitung als qualitativ besser als die Mehrheit der „privaten“ Schulbücher. Deshalb haben die Bücher des Curriculumzentrums auch besonders hohe Auflagenzahlen. Das Curriculumzentrum gab auch dem Geschichtsunterricht eine Fülle von Anregungen, indem es auf der Suche nach neuen We-

Die Demoskopie in diesem Land hat bisher die Frage nach der „Einstellung zu den Deutschen“ nicht gestellt, weder für die Gesamtbevölkerung noch für einzelne Gruppen. Daraus rechtfertigt sich die Veröffentlichung unserer Untersuchung, obwohl sie manchen methodischen Anforderungen nicht genügen kann. Die in den Tabellen ausgewiesenen Werte lassen nur Tendenzen erkennen. Gleichwohl erlauben sie bemerkenswerte erste Einblicke in eine terra incognita.

Eines soll noch vorweg betont werden: Was hier als „Normalisierung“ bezeichnet wird, bedeutet nicht etwa Neutralisierung oder Gleichgültigkeit, sondern Verzicht auf emotionelle oder neurotische Elemente in bezug auf unser Thema im Unterricht und in der Erziehung überhaupt.

Die folgende Abhandlung besteht aus zwei Teilen: Der erste befaßt sich mit der Einstellung von Schülern zu Deutschland, der zweite mit der von Studenten zum gleichen Thema.

I.

gen sowohl den Inhalt als auch die Methoden kritisch zu sichten erlaubte. Nicht selten hatten wir — Historiker und Pädagogen der Abteilung für Geschichte dieses Zentrums — die Möglichkeit, auch die Darstellung der deutschen Geschichte in den israelischen Schulbüchern zu analysieren und zu beeinflussen.

Was die Geschichte — und nicht nur die Geschichte des 20. Jahrhunderts — angeht, mußten die neuen Curricula nicht nur die veraltete Methodik, sondern auch ein altes Trauma überwinden — das Trauma der Verfolgung und Diskriminierung in der Diaspora bis zur Vernichtung im 20. Jahrhundert. Dieses Trauma ist zu einem Bestandteil der zionistischen Vorstellungswelt geworden und dadurch auch zur „Moral“ der Geschichte im Geschichtsunterricht. Es stellte damit ein regelrechtes Hemmnis dar sowohl für den systematischen Aufbau des Geschichtsunterrichts als auch für das Verstehen der Rolle der jüdischen Geschichte im Rahmen der „allgemeinen“ Geschichte.

Um dieses Hemmnis zu beseitigen, mußten die neuen Curricula vor allem durch stärkeres Betonen didaktischer Prinzipien umgestaltet werden. Sowohl kognitive als auch affektive Lernziele wurden stufenweise aufgestellt und klassifiziert; die Information, der Inhalt per se, wurde anderen Zielen untergeordnet: analytischem Denken, synthetischem Denken, dem Evaluieren kognitiver Fragen, Werten etc. So werden Werte zwar vertreten, keineswegs aber aufgezwungen. In diesem Rahmen kann man Geschichte — auch die *deutsche* Geschichte — ohne ein Übermaß an Emotionen lehren und lernen.

Die deutsche Geschichte als solche ist natürlich kein eigenes Lernziel. Man kann aber die deutsche Geschichte, ebenso wie die Geschichte jedes anderen Volkes, bei der Erörterung spezifischer Fragen exemplarisch behandeln. So wurden Luther, Friedrich II., Joseph II., das Frankfurter Parlament oder die staatliche Einheit Deutschlands als Beispiele für allgemeine Phänomene — Reformation, Absolutismus, 48er Revolution, industrielle Revolution und Nationalismus — dargestellt. Darüber hinaus wird dadurch, daß im Rahmen des Schulunterrichts Beispiele aus der deutschen Geschichte vorgestellt werden, die Möglichkeit geschaffen, daß die Schüler später die für Israelis relevanteste Epoche der deutschen Geschichte studieren und sich mit ihr sachlich auseinandersetzen können. Es ist m. E. absurd, daß, wie bisher, mit der Nazi-Zeit begonnen wird, die Schüler aber aus der früheren Geschichte Deutschlands kaum etwas wissen.

Es geht im neuen Curriculum unter anderem darum, relevante Fragen — ich sage nicht aktuelle Fragen, das macht die Geschichte oft zu oberflächlich — zu stellen und zu beantworten. Auch hier können Fragen aus der deutschen Geschichte als Anhalts- und Ausgangspunkte dienen. Zum Beispiel kann man das Problem des preußischen Absolutismus im 18. Jahrhundert weiter aufteilen und nach dem Einfluß der gefährdeten staatlichen Grenzen auf Militarismus und Wirtschaftsfragen untersuchen — ein Problem, das in Israel zweifellos relevant ist. Es bestehen selbstverständlich Unterschiede in den Erscheinungen, denn die Geschichte behandelt keine identischen Phänomene, aber gerade durch die Differenzierung zwischen Ähnlichkeiten und Unterschieden werden kognitive Ziele im Geschichtsunterricht erreicht.

Völlig unbestreitbar ist die Relevanz der deutschen Geschichte, wenn man die Fragen des

Faschismus und des Nationalismus behandelt. Die Auseinandersetzung mit dem Kapitel „Der Aufstieg der NSDAP und der NS-Staat“ ist ein Prüfstein des neuen Curriculums in bezug auf die Behandlung der deutschen Geschichte. Dieses Kapitel haben wir 1978 und 1979 in der neunten Klasse (letzte Klasse der Mittelstufe, Kinder im Alter von 13 bis 15 Jahren) experimentell geprüft (1978 mit 68 Schülern, 1979 mit 62). Die für das Experiment gewählten Klassen sind repräsentativ für die israelische Großstadtbevölkerung. Etwa die Hälfte der Schüler kommt aus einem nichteuropäischen Elternhaus und repräsentiert hiermit die etwa 60 Prozent starke Gruppe der orientalischen Juden in der israelischen Bevölkerung. Gleichwohl können die Ergebnisse — wie angedeutet — nicht als allgemein repräsentativ angesehen werden, u. a. auch deshalb, weil die Gruppe der sozial benachteiligten Klassen, die zum großen Teil in besonderen Schulen und vor allem in Entwicklungsstädten anzutreffen sind, nicht am Experiment teilnahmen.

Das Kapitel, das die Schüler im Jahr 1978 durcharbeiteten, behandelt drei Themen: die nationalsozialistische Machtergreifung, den totalitären NS-Staat, den Weg zum Zweiten Weltkrieg. Ein beträchtlicher Teil dieses Kapitels enthält Quellenmaterial — Dokument und Photos —, das als Forschungsbasis für die Schüler dient. Die Information, die wir geben, entspricht dem modernen Stand der Geschichtsforschung.

Die Prüfung hielt sich auf zwei Ebenen, auf der des Wissens und auf der der Einstellungen, da unterstellt werden kann, daß zwischen Wissen und Einstellungen eine Korrelation besteht, so daß auch zur Untersuchung der Einstellungen die Beantwortung der reinen Wissensfragen von Interesse war.

Allgemein konnte aus den Ergebnissen geschlossen werden, daß die meisten Schüler keine groben Fehler beim Lernen der historischen Tatsachen gemacht hatten und daß sie nicht zu einseitigen oder veralteten Erklärungen neigten.

Unser hauptsächliches Interesse war jedoch auf die „attitude“, d. h. auf die Einstellung der Schüler zum dargebotenen Material gerichtet. Um dies zu erfassen, wurden zwei Tests, ein Pre-Test und ein Post-Test, vorbereitet. Der Pre-Test hatte die Form eines „semantischen Differentials“, d. h. er enthielt eine Liste von 16 Attributpaaren, und die Schüler sollten entscheiden, wo sie auf einer fünfspaltigen Skala zwischen jedem Paar ein Attribut notieren

würden. Erbeten wurde die Charakterisierung des jeweiligen Typs oder Stereotyps: „Der deutsche Bürger nach 1933“ (d. h. der der national-sozialistischen Ära), „das Parteimitglied“, „der englische Bürger während des Zweiten Weltkrieges“. Die Attribute ließen sich ziemlich deutlich als negativ oder positiv definieren (je höher die Note, desto positiver die Einstellung). Der Engländer wurde als ein für unsere Zwecke „neutraler“ Maßstab benutzt. Es muß hier bemerkt werden, daß viele Schüler erst nach einer Diskussion, in der sie sich gegen die Stereotypisierung von Völkern oder Menschengruppen ausgesprochen hatten, bereit waren, die Fragebogen zu beantworten.

Der Pre-Test hatte folgende Resultate: (Je höher die Note, desto positiver die Einstellung.)

	Engländer	Deutscher	Nazi
1. schön — häßlich	3.28	2.43	2.97
2. frei — unfrei	3.32	2.43	2.74
3. tapfer — feige	3.09	2.76	2.94
4. gesund — krank	3.48	3.13	3.53
5. empfindlich — grob	3.26	2.59	1.49
6. jung — alt	3.25	3.04	3.37
7. gut — böse	3.31	2.32	1.49
8. glücklich — unglücklich	2.93	2.68	2.91
9. altruistisch — egoistisch	2.85	2.26	1.63
10. verrückt — normal	3.93	2.83	1.87
11. stark — schwach	3.19	2.82	3.49
12. tolerant — fanatisch	3.42	2.55	1.97
13. zivilisiert — unzivilisiert	3.84	2.88	2.49
14. dominierend — unterdrückt	3.01	3.71	2.61
15. ehrlich — korrupt	3.65	2.40	1.66
16. barmherzig — grausam	3.36	2.39	1.95
Durchschnitt: positiv—negativ	3.32	2.73	1.95

Die Durchschnittswerte müssen mit großer Vorsicht behandelt werden, da sich nicht jedes Attributpaar als eindeutig positiv oder negativ einordnen läßt. Die Gesamtrichtung und der Durchschnittswert wiesen jedoch eindeutig auf eine negative Einschätzung des deutschen Bürgers des Dritten Reiches im Vergleich zum britischen Bürger aus der gleichen Epoche hin und auf eine noch negativere Einstellung zu dem Mitglied der Nazi-Partei.

Beträchtliche Standardabweichungen bei den Antworten, die die Deutschen und die Mitglieder der Nazi-Partei betreffen, offenbarten die Zweifel und Uneinheitlichkeit der Einstellungen zu diesen Typen. Aber über alle Auswertungsprobleme hinweg ist offensichtlich, daß die Schüler bereits vor der Auseinandersetzung mit diesem Themenbereich sehr klar zwischen dem deutschen „Mitläufer“ im Dritten Reich und dem „Bonzen“ differenzierten. Das läßt vermuten, daß der Geschichtsunterricht und die Behandlung früherer Epochen der deutschen Geschichte in unseren Geschichtsbüchern dazu beigetragen haben, daß nicht die Tatsachen, sondern die Vorurteile verdrängt wurden. Auf Grund des öffentlichen Klimas und der unhistorischen Behandlung dieses Themas in Israel hätte man dieses Ergebnis nicht unbedingt erwarten dürfen. Ich persönlich hatte jedenfalls gedacht, daß die Schüler hier undifferenzierter antworten würden. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die deutsche Geschichte der dreißiger Jahre nicht schlicht als ein Negativum abgestempelt wurde. Die Nazis waren für die Schüler nicht einfach verrückte Leute, Psychopathen usw. — dies wäre für eine ernste Auseinandersetzung mit dem Thema eher destruktiv.

Die Ergebnisse des Pre-Tests deuteten im voraus darauf hin, daß unser Schulbuch nicht im Gegensatz zur „Attitude“ der Schüler stehen

	Engländer	Deutscher	Nazi
1. schön — häßlich	3.11	3.02	3.09
2. frei — unfrei	3.36	2.16	2.32
3. tapfer — feige	3.06	2.78	2.91
4. gesund — krank	3.12	3.10	3.20
5. empfindlich — grob	3.30	2.65	1.91
6. jung — alt	3.06	3.06	3.35
7. gut — böse	3.41	2.59	1.94
8. glücklich — unglücklich	3.08	2.65	2.74
9. altruistisch — egoistisch	2.78	2.53	1.94
10. verrückt — normal	3.92	3.14	2.27
11. stark — schwach	2.95	2.95	3.20
12. tolerant — fanatisch	3.32	2.66	1.97
13. zivilisiert — unzivilisiert	3.74	3.08	2.80
14. dominierend — unterdrückt	3.20	4.13	3.12
15. ehrlich — korrupt	3.68	2.77	2.06
16. barmherzig — grausam	3.49	2.73	1.68
Durchschnitt	3.29	2.87	2.55

werde. Doch führte der Lernprozeß zu weiterer Differenzierung, zu erhöhtem Nachdenken und sogar zu einer leicht positiveren Einschätzung des Geschehens und des deutschen Volkes. Das zeigt besonders die vorstehende Tabelle (Ergebnisse des Post-Tests):

Große Standardabweichungen vor allem bei den Typen, die Gegenstand des Unterrichts gewesen waren („der deutsche Bürger“ und „das Nazi-Parteimitglied“), weisen darauf hin, daß der Lernprozeß nicht eindeutige Typen schuf, sondern die Zweifel der Schüler bei der Stellungnahme zu den Eigenschaften dieser Typen noch verstärkt hat und daß er keine Stereotypisierung bewirkte. Dieses Resultat des Lehrprozesses erscheint auf der ganzen Strecke auch in anderen Kapiteln, was die Verwirklichung von Lernzielen des Geschichtsunterrichts auf einem hohen kognitiven und evaluativen Niveau bedeutet.

Während im Post-Test bei den dem Engländer zugewiesenen Eigenschaften keine wesentlichen Veränderungen auftreten, kann man an einigen Attributen eine durch das Gelernte veränderte Einstellung der Schüler zu den Eigenschaften „des Deutschen“ und „des Par-

II.

Um die Gültigkeit der Schlußfolgerungen aus dem Experiment des Jahres 1978 zu überprüfen, wiederholten wir den Pre-Test und Post-Test im Jahre 1979 in ähnlichen Klassen, jedoch mit folgenden zusätzlichen Variationen:

1. Dem semantischen Differential wurden zwei Attributpaare beigefügt, die politische Eigenschaften beschreiben (autoritär — liberal, demokratisch — anti-demokratisch). 2. Die Schüler hatten gleich nach dem Kapitel über den Nationalsozialismus das über den Zweiten Weltkrieg und die Massenvernichtung der Juden durchgearbeitet. Der Post-Test fand statt, nachdem sie diese Kapitel gelernt hatten.

Es muß hier bemerkt werden, daß der Pre-Test ca. vier Monate, nachdem der Film „Holocaust“ im Fernsehen gesendet worden war, stattfand, und man hätte erwarten können, daß dies die Einstellung der Schüler zum Thema vor Beginn des systematischen Unterrichts hätte beeinflussen können.

Die überragenden Unterschiede im Pre-Test gegenüber dem Vorjahr waren:

1) Aus: H. R. Richter, Wir waren dabei, Freiburg 1962.

teimitglieds“ ablesen. Neben der stärkeren Anerkennung des Freiheitsmangels bei den Deutschen der dreißiger Jahre erscheint bei den moralischen und psychologischen Eigenschaften die Neigung, den Deutschen jener Zeit besser zu verstehen, ihn als weniger krankhaft anzusehen (z. B. normaler) und auch als weniger schlecht. Dennoch bleibt im ganzen gesehen, wie nicht anders zu erwarten, die Einstufung — Engländer, Deutscher, Nazi — vom Positiven zum Negativen erhalten, und der Nazi hat nach wie vor ein eindeutig negatives Image — aber dieses Image hat nicht den Charakter eines Vorurteils, sondern das einer Einstellung, die auf Grund von Tatsachen erworben wurde.

Um die Frage der Einstellung weiter zu klären, wurde eine zusätzliche Frage gestellt, die sich direkt auf das Lernmaterial bezog. Die Schüler sollten zu einer im Schulbuch zitierten belletristischen Darstellung dreier Familienväter jener Zeit¹⁾ (ein Nazi, ein „Mitläufer“ und ein „Sozi“) Stellung nehmen: 70 Prozent der Schüler betrachteten den „Mitläufer“ als repräsentativ für das deutsche Volk zu jener Zeit, nur 17 Prozent den Nazi.

a) der Nazi: weniger frei, weniger grob, weniger schlecht, weniger ‚verrückt‘, zivilisierter, ehrlicher; im ganzen gesehen positiver und das trotz — oder vielleicht wegen — des Films „Holocaust“;

b) der deutsche Bürger: weniger frei, normaler, zivilisierter, viel weniger dominierend; im ganzen etwas positiver als im Vorjahr;

c) der Engländer: weniger gesund, weniger egoistisch, toleranter; wichtiger aber ist, daß er als liberal und demokratisch bezeichnet wird (im Unterschied zum Nazi und zum deutschen Bürger).

Zwei wesentliche Komponenten sind es, die die Abweichungen zwischen den Resultaten von 1978 und 1979 erklären können: der Charakter der jeweiligen Klasse und der Einfluß des Films „Holocaust“. Es stehen uns nicht die Mittel zur Verfügung, um zu untersuchen, welche Komponente die wichtigere ist. Wir neigen dazu, den Film „Holocaust“ für den gravierenden Faktor zu halten, obwohl das paradox scheint.

Was die Resultate *nach* dem Lernprozeß betrifft: Hier war es so, daß die Unterschiede zwischen den Jahren 1978 und 1979 noch kleiner

waren als beim Pre-Test, d. h., der Lehrstoff und der Lernprozeß hatten einen ähnlichen Effekt, obwohl die Prädispositionen ein wenig verschieden waren und die Schüler zudem das Kapitel mit den Themen „Zweiter Weltkrieg“ und „Massenvernichtung“ durchgearbeitet hatten.

Zusammenfassend: Diese Ergebnisse stützen die Annahme, daß die Schüler bei der Charak-

terisierung der vorgegebenen Stereotypen („der deutsche Bürger nach 1933“, „das Parteimitglied“, „der englische Bürger während des Zweiten Weltkrieges“) schon vor dem Lernprozeß mit Vorsicht und Differenzierungsvermögen vorgehen und daß der Lernprozeß dieses Vermögen noch steigert. Dies steht im Kontrast zu dem, was wir erwartet hatten und ermutigt dazu, im Sinne des neuen Lehrplanes weiterzuarbeiten.

III.

Eine indirekte Bestätigung der Folgerungen, die hinsichtlich der Schüler gezogen wurden, erhielten wir durch die Untersuchung der *Einstellungen von Studenten*. Diese hatten ihren Geschichtsunterricht noch vor dem Inkrafttreten der neuen Curricula genossen.

Der Autor dieser Abhandlung konnte aufgrund seiner Stellung als Dozent für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem die Einstellung von Studenten der Geschichte zu Deutschland und zu den Deutschen untersuchen.

In diesem Falle wurde nicht nach der Einstellung zu einem spezifischen Thema der deutschen Geschichte gefragt, sondern zu dem Gesamtkomplex Deutschland, wie sie sich in der Schul- und Militärzeit bildet. Dennoch versucht die Fragestellung, das Kapitel 1933—1945 zu isolieren und seine Auswirkung auf die Gesamteinstellung bloßzulegen. Selbstverständlich war dies nicht das einzige Kapitel, dessen Einfluß auf die Einstellung israelischer Jugendlicher zum Thema Deutschland wir prüfen wollten. Nicht weniger interessant ist der Einfluß der Zeit nach 1945. Hierbei muß man in Betracht ziehen, daß Deutschland in zwei politische Gesellschaften mit unterschiedlichem Charakter und verschiedenen Ideologien geteilt ist.

Die in dieser Untersuchung Befragten stellen keinen repräsentativen Querschnitt der israelischen Jugend im Alter von 21—25 Jahren dar, auch nicht der Studentenschaft und vielleicht nicht einmal der Geschichtsstudenten, da die Befragten einen Kurs in deutscher Geschichte gewählt hatten und damit eine besondere Motivation aufwiesen, die bei anderen Studenten nicht vorhanden ist. Das bedeutet nicht, daß es sich hier um eine Gruppe mit spezifischen Charakteristika handelt, sondern nur, daß uns nicht die wissenschaftlichen Mittel zur Verfügung stehen, um zu prüfen, in welchem Maße die Folgerungen, die wir aus der

Untersuchung dieser Gruppe ziehen, auch für eine größere Gruppe israelischer Jugendlicher dieses Alters Geltung haben.

Die Untersuchung wurde ebenfalls in einem Zeitraum von zwei Jahren durchgeführt, und wieder vergleichen die Ergebnisse zwei aufeinander folgende Jahrgänge. Es wurde dabei in Betracht gezogen, daß die Gruppe der Befragten des jeweiligen Jahres nicht einheitlich war — teils waren es Studenten des ersten Jahres, teils fortgeschrittenere. In den Fällen, in denen diese Unterteilung von Bedeutung ist, wird das in den Folgerungen aufgeführt. Auch in diesem Fragebogen war ein Teil der Fragen dem Wissensstand gewidmet, um ein Bild von der Informationsgrundlage zu bekommen, auf der die Einstellungen basieren. Im Jahre 1978 wurden an 40 Studenten 5 Fragen und im Jahre 1979 an 53 Studenten 4 Fragen gerichtet.

Die Antworten, die gegeben wurden, sind Beweis dafür, daß der Wissensstand der Studenten, was das Thema Deutschland betrifft, mittelmäßig ist, und das bedeutet wiederum, daß ein Großteil der Einstellungen eher auf Eindrücken als auf Wissen beruht. Dies gilt abgeschwächt auch für das Jahr 1979. Die Tatsache, daß der durchschnittliche Wissensstand in diesem Jahr etwas höher war, kommt daher, daß ein Teil der 23 Studenten des zweiten Jahres im Vorjahre schon einem Kurs in deutscher Geschichte beigewohnt hatte.

Nun zu den Einstellungen. Zwei Hauptfragen lagen der Untersuchung zugrunde:

1. Wie ist das Image der heutigen Deutschen bei den befragten Studenten?
2. Was beeinflusst die Bildung des Images?

Bei der ersten Frage wußten wir, daß wir auf Widerstand gegen die bewußte Stereotypisierung stoßen würden, und tatsächlich waren die Studenten nur nach einiger Überredung bereit, die Fragen zu beantworten. Bei der

zweiten Frage vermuteten wir, daß zwei Faktoren von entscheidendem Einfluß seien — die Geschichte des Dritten Reiches und die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zu Israel. Um dies zu untersuchen, wurden vier Fragen gestellt, die sich auf Eigenschaften entlang der Achse positiv — negativ bezogen. Die niedrigste Note (negative Eigenschaft) ist 1, die höchste 6 (positive Eigenschaft). Die von 1 bis 6 reichende Noten ließen den Studenten keine Möglichkeit, neutral zu bleiben (im Durchschnitt drückt sich die Neutralität durch die Note 3.5 aus).

1. Das deutsche Volk ist	<u>1978</u>	<u>1979</u>
a) anti-rassistisch/rassistisch	2.75	2.90
b) human/nicht human	3.20	3.39
c) philosemitisch/antisemitisch	2.52	2.66
d) pazifistisch/militaristisch	2.67	2.88
e) demokratisch/anti-demokratisch	4.05	4.15
Durchschnittswert:	3.04	3.20
2. Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist	<u>1978</u>	<u>1979</u>
a) anti-rassistisch/rassistisch	3.49	3.76
b) human/nicht human	3.89	3.82
c) philosemitisch/antisemitisch	3.34	3.44
d) pazifistisch/militaristisch	3.70	3.81
e) demokratisch/anti-demokratisch	4.97	4.68
Durchschnittswert:	3.88	3.90
3. Die Bevölkerung der DDR ist	<u>1978</u>	<u>1979</u>
a) anti-rassistisch/rassistisch	3.14	3.03
b) human/nicht human	3.00	3.45
c) philosemitisch/antisemitisch	2.61	2.70
d) pazifistisch/militaristisch	2.52	2.49
e) demokratisch/antidemokratisch	2.39	2.54
Durchschnittswert:	2.73	2.84
4. Meine Einstellung (positiv—negativ) zu	<u>1978</u>	<u>1979</u>
a) der Bundesrepublik Deutschland	4.00	4.10
b) der Deutschen Demokratischen Republik	2.56	2.59
c) Österreich	4.12	3.37
d) der UdSSR	2.56	2.54
e) Holland	—	5.39

Die erste Frage ergibt zwischen 1978 und 1979 einen Unterschied von knapp 0,2, d. h. er ist unbedeutend. Die generelle Einstellung neigt zum Negativen (weniger als 3,5), jedoch nicht

mit übermäßiger Schärfe. Die negative Eigenschaft, die am stärksten hervortritt, ist der Antisemitismus (2,6), die positivste Besetzung (wohl aus mangelnder Kenntnis der deutschen Geschichte zwischen 1848 und 1945) findet sich bei der Eigenschaft „demokratisch“ (4,1).

Die zweite Frage ergibt ebenfalls Unterschiede von so geringer Größenordnung, daß sie beinahe ohne Bedeutung sind. Das Image des Bürgers der Bundesrepublik Deutschland ist positiv (oberhalb von 3,5), nur zum Thema Antisemitismus (etwas auch bei dem des Rassismus) bestehen Vorbehalte. Auch hier ist hervorstechend positiv besetzt die Eigenschaft der demokratischen Einstellung. Die Erklärung dafür liegt wohl in der Identifizierung eines westlichen Staates mit Demokratie.

Bei der dritten Frage besteht nur *ein* bedeutender Unterschied zwischen den Antworten von 1978 und denen von 1979, und zwar im Punkte Humanität (0,45), wofür ich keine Erklärung sehe. Das Image des DDR-Bürgers ist im ganzen eindeutig negativ, nur bei den Punkten Rassismus und Humanität ist das weniger der Fall.

Bei der vierten Frage wurde der Versuch unternommen,

1. die Fragen 2 und 3 zu kontrollieren. Tatsächlich liegt der Durchschnitt bei den Fragen 2 und 3 nahe der Note, die in 4 an Ost- und Westdeutschland verteilt wurde; allerdings sind die Werte in der Frage 4 etwas extremer (anscheinend deshalb, weil das Stereotyp in Frage 1 sich auf weitere Eigenschaften stützte, die in den Fragen 2 und 3 nicht auftreten);

2. einen außerdeutschen Maßstab für die positive oder negative Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland zu finden. Rußland (dessen Image in Israel eindeutig negativ ist) und Holland (dessen Image ausgesprochen positiv ist) stellen einen solchen Maßstab dar. Aufgrund der Werte für diese Länder stellt sich tatsächlich heraus, daß die Einstellung zur Bundesrepublik zwar positiv, aber doch zurückhaltend ist. Das Image Österreichs ist interessant, da es zeigt,

a) daß die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges das Image, das die Israelis sich bilden, nicht eindeutig bestimmen.

b) daß eher aktuelle politische Veränderungen Einstellungen und Image beeinflussen: Es ist ziemlich eindeutig, daß die grundlegende Veränderung in der Einstellung zu Österreich innerhalb eines Jahres von den Äußerungen des Bundeskanzlers Kreisky zum Thema Israel

herrührt sowie von der Art, wie über sie in Israel berichtet wurde. Dennoch scheint ein Unterschied zwischen den Gründen für Einstellungsänderungen gegenüber Österreich einerseits und gegenüber den deutschen Staaten andererseits zu bestehen, da das Wissen über Österreich sowohl aus der Periode vor 1945 als auch in unserer Zeit minimal ist und sich ein Einstellungswandel in solchen Fällen auf Grund von aktuellen Eindrücken ergibt.

Daß eine Korrelation zwischen Wissen und Einstellung besteht, bezeugt der auffallende Unterschied zwischen den Antworten der Gruppe, die schon im Vorjahre einem Kurs in deutscher Geschichte beigewohnt hatte, und den Antworten der Studenten des ersten Jahres. Die Gruppe, die die deutsche Geschichte kannte, gab zu allen Fragen bedeutend ausgelegener Antworten: Der Durchschnitt in dieser Gruppe war bei den Fragen: 1 — 2.90; 2 — 3.52; 3 — 2.94. Es ergab sich also ein Unterschied von -0.3 und -0.4 bei den ersten zwei Fragen im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt der Gruppe von 1979 und ein Unterschied von $+0.1$ bei Frage 3. Das Image des „Deutschen“ und des Bürgers der Bundesrepublik liegt nur gerade eben über dem Durchschnitt, während der DDR-Bürger ein weniger negatives Image erhält. Eine Bestätigung dessen liefert Frage 4, bei der die Bundesrepublik die Note 3.8 (-0.3) und die DDR 2.8 ($+0.2$) erhielt. Es sei noch bemerkt, daß fünf Studenten dieser Gruppe längere Zeit in Deutschland gelebt hatten.

Welche Folgerungen können aus diesen Ergebnissen gezogen werden?

Das positive Image der Bundesrepublik im Vergleich zum ausgesprochen negativen Image der DDR ist das Resultat einer ausgeprägt israelischen Denkweise der Schüler: Der kommunistische Block hat ein negatives, der westliche ein positives Image in Israel. Die Zugehörigkeit der DDR und der Bundesrepublik zu verschiedenen Blöcken legt bereits die Einstellungen fest, ohne daß dabei die Geschichte in Betracht gezogen wurde; Beweis sind die Antworten zu Frage 4. Die Zugehörigkeit zum jeweiligen Block bestimmt auf politischer Ebene beinahe automatisch die feindliche oder freundliche Beziehung zu Israel, und das wiederum beeinflußt auch die Einstellung, die der Israeli zu den beiden Deutschland einnimmt — negativ zur DDR und (verhältnismäßig) positiv zur Bundesrepublik, auch wenn er die deutsche Wirklichkeit gar nicht näher kennt. (Es ist zweifelhaft, ob die Mehrheit der Studenten hier substantielle Informationen besaß, z. B. über die Einstellung zum Rassis-

mus in den beiden Deutschland. Auch die Neigung, den DDR-Bürger als Menschen mit stärker antisemitischen Einstellungen als den Bürger der Bundesrepublik einzuschätzen, läßt Zweifel an der Wissensgrundlage der Antworten aufkommen.) Wenn diese Folgerung richtig ist, steht zu erwarten, daß die israelische Einstellung zu den beiden Deutschland in der Zukunft vor allem von ihrem außenpolitischen Verhalten beeinflußt wird und viel weniger von der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im allgemeinen und der nationalsozialistischen im besonderen.

Wie groß ist nun das Gewicht der Vergangenheit für die Benotungen? Der Vergleich von Frage 1 mit den Fragen 2 und 3 ist hier aufschlußreich. Es bestanden drei Möglichkeiten:

a) Das Image „des Deutschen“ ist gleich dem Durchschnitt des Images des DDR-Bürgers und des Bürgers der Bundesrepublik: das würde bedeuten, daß das Image des Deutschen eindeutig ein Produkt der heutigen politischen Situation ist.

b) Das Image „des Deutschen“ erhält im Durchschnitt eine höhere Note als der Durchschnitt der beiden Images. Die Erklärung hierzu wäre, daß das Image des Bundesbürgers das dominierende ist, und zwar deswegen, weil der Israeli vor allem die Bundesrepublik kennt.

c) Das Image „des Deutschen“ hat einen schlechteren Durchschnitt als der Durchschnitt der beiden Images. Hier wäre die Erklärung, daß ein zusätzliches, nicht aktuelles Element mit dem Begriff „deutsch“ assoziiert wird. Dieses Element ist die Information, die der Israeli über die Epoche des Dritten Reiches hat.

Die folgende Tabelle stellt einen Vergleich der Antworten zu Frage 1 mit dem Durchschnitt der Fragen 2 und 3 dar (+ bedeutet eine höhere Note in Frage 1 „der Deutsche“), — bedeutet eine höhere Note für den Durchschnitt, der aus den Fragen 2 und 3 errechnet wurde).

	1978	1979	
a)	-0.56	-0.49	
b)	-0.25	-0.24	
c)	-0.46	-0.41	
d)	-0.44	-0.27	
e)	+0.37	+0.54	
	-0.27	-0.17	Durchschnittswert

Die Folgerung hieraus ist klar:

Außer bei der Definition der demokratischen Eigenschaft erhält „der Deutsche“ konsequent

eine niedrigere Note als der Durchschnitt aus den Images der beiden Deutschland. Somit ergibt sich also die dritte der obengenannten Alternativen: Der Begriff „deutsch“ ist immer noch deutlich, wenn auch nicht ausschließlich, mit der deutschen Vergangenheit verbunden oder mit dem, was dem Israeli über die deutsche Vergangenheit bekannt ist. Die Ausnahme — die Neigung zur Demokratie — ändert nichts an der Richtigkeit dieser Aussage: Der Kommunismus steht für den Durchschnitts-Israeli eindeutig nur mit dem Charakteristikum der Demokratie in (natürlich negativer) Verbindung, nicht aber mit den vier anderen Merkmalen, die in der Frage aufgeführt wurden. Die Korrelation zwischen den beiden — Kommunismus und Demokratie — sieht im Geiste des Durchschnitts-Israeli so negativ aus, daß es kein Wunder ist, daß das Image des „klassischen Deutschen“, wenn es um die Demokratie geht, positiver ausfällt als der Durchschnitt, in dem das kommunistische Element ausdrücklich in Erscheinung tritt.

Eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit der Folgerung, die hier gezogen wurde, sind die Bewertungen zum Thema Antisemitismus: Sowohl in Frage 1 als auch in Frage 2 ist der Antisemitismus unter den fünf aufgezählten Punkten mit der negativsten Zahl besetzt. Nur eines kann der Grund dafür sein: Der Begriff „deutsch“ in der historischen Dimension wurde im Geiste der Israelis vor allem durch die Massenvernichtung und die Beziehung zu den Juden während des Dritten Reiches geprägt. Wird — gegliedert in mehrere Punkte — nach der Einstellung zum „klassischen“ oder „historischen Deutschen“ gefragt, so muß sich diese Prägung besonders bei der Unterfrage nach dem Antisemitismus „entladen“. Daß auch bei dem Bürger der Bundesrepublik der Antisemitismus (wenn auch in geringerem Maße) als Achillesferse erscheint, hat einen zusätzlichen Grund: die Erziehung des heutigen israelischen Bürgers zu der Tendenz, auch im heutigen Westdeutschland den antijüdischen Punkt zu suchen. In dem Land, in dem jedes Hakenkreuz in einem abgelegenen deutschen Dorf Schlagzeilen hervorruft, ist es nur natürlich, wenn auf diesem Gebiet die Proportionen nicht stimmen.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Einstellung der israelischen Studenten zu anderen Staaten (einschließlich Deutschland) hauptsächlich von deren Verhalten zu Israel bestimmt wird. Darein mischt sich auch die Übernahme von Urteilen der westlichen Welt den kommunistischen Ländern gegenüber.

Dennoch darf man das Element der deutschen Vergangenheit oder dessen, was davon bislang in den verschiedenen Sozialisationsbereichen als Informationsmaterial ausgewählt worden ist, als Faktor bei der Einstellung zu Deutschland nicht gering schätzen. Solange das Wissen über diese Vergangenheit nicht gründlich ist und auf den neuesten Stand gebracht wird, beeinflußt jene Vergangenheit allerdings vor allem emotionell und unbewußt die Einstellungen des jungen Israeli.

Um die Gültigkeit der Antworten und der aus ihnen gezogenen Folgerungen zu überprüfen, wurde im Jahr 1978 eine Kontrollgruppe von 15 Lehrern gewählt, die Geschichte an einer Hochschule, die der Universität angeschlossen ist, studieren, um einen akademischen Titel zu erreichen (B. A.). Das Durchschnittsalter dieser Gruppe ist mehr als 35 (23 an der Universität); die Befragten urteilen also noch mehr nach den Maßstäben der vorhergehenden Generation, von der ein Teil den Weltkrieg selbst miterlebt hat.

Die Resultate waren:

1. Das deutsche Volk 1.85, 3.0, 1.85, 2.1, 3.9 (Durchschnitt 2.34)
2. Die Bevölkerung der Bundesrepublik 3.9, 4.1, 3.4, 4.1, 4.5 (Durchschnitt 4.00)
3. Die Bevölkerung der DDR 3.9, 3.3, 2.7, 2.7, 2.4 (Durchschnitt 3.00)
4. Bundesrepublik Deutschland 3.6, DDR 2.3, Österreich 4, UdSSR 2.1.

Die generelle Richtung ist ähnlich; die Bundesrepublik hat ein positives Image (mehr als 3.5) — positiver als das Image der DDR und positiver als das „Deutschlands“. Aber es findet sich auch ein bedeutender Unterschied: Der Begriff „deutsch“ wird negativ gewertet, negativer sogar als die DDR (außer beim Thema Demokratie). Dieses Ergebnis unterstreicht noch die oben aufgestellte These: Der historische Bestandteil (d. h. das Dritte Reich), der mit dem generellen Begriff „deutsch“ verbunden ist, ist äußerst wichtig, und je höher das Alter der Gruppe ist, desto bestimmender wirkt er. Die Assoziationen, die bei einem älteren Israeli beim Hören des generellen Begriffs „deutsch“ auftauchen, sind mit dem deutschen Typus des Dritten Reiches verbunden und weniger mit dem Typ des deutschen Bürgers (in der Bundesrepublik oder in der DDR) der heutigen Zeit. Je niedriger das Alter der Gruppe ist, desto weniger ist die Einstellung von dem alten Image — von der Geschichte vor 1945 — beeinflußt, und es besteht eine größere Bereit-

willigkeit, eine distanzierte, sachliche Beziehung zu dem Thema, das Deutschland heißt, herzustellen. Dies beweisen die Versuche sowohl an der Universität als auch an der Schule.

Um diese Folgerung zu untermauern, möchte ich auf den Punkt „Demokratie“ zurückkommen, der in den Antworten der Studenten paradoxerweise mit 4.1 für „die Deutschen“ sehr positiv besetzt worden war (s. S. 24). Die Studenten, junge wie auch erwachsene, waren bei der Feststellung dieser Eigenschaft „des Deutschen“ nicht von der antidemokratischen Richtung beeinflusst, die während der dreißiger Jahre herrschte (während der Antisemitismus vergangener Jahre durchaus noch auf das heutige Image Einfluß hatte). Die Kenntnis der

Tatsachen und die zeitliche Distanz, die zwischen den Schulkindern und der Geschichte des Dritten Reiches besteht, ermöglichten ein besseres Verständnis und die Formung einer Einstellung mehr auf kognitiver als auf affektiver Grundlage. Unter diesem Gesichtspunkt kann man behaupten, daß die Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen eine natürliche Entwicklung ist, die gerade gegenwärtig vor sich geht — Normalisierung in dem Sinne, daß die aktuell anstehenden Fragen mehr Bedeutung für die Einstellung haben als die Last der Vergangenheit und daß die Einstellungen, die sich bilden, eher auf einer gründlichen, rationalen und differenzierten Behandlung des Themas basieren als auf emotionalen Komplexen.

Konrad Kardinal von Preysing, Bischof von Berlin

I.

„Der Graf Preysing ist ein absolutes Rabenaas. Die größten Rabenaase aber sind die, die zuerst in der demütigen Maske daherkommen. Da muß man sagen: Bestie! Ein pfäffischer Inquisitor ist dagegen eine natürliche Sache. Die Gemeinheit kommt mit der Heuchelei. Das muß einmal ausgeschöpft werden.“¹⁾

Hitlers primitiver Haßausbruch, notiert am Abend des 11. August 1942 im Führerhauptquartier, galt Konrad von Preysing, dem dritten Bischof von Berlin²⁾. Welcher Einschätzung sich dieser bei den braunen Machthabern erfreute, hätte kaum drastischer unter Beweis gestellt werden können.

Um so mehr fällt auf, daß es um sein Andenken noch immer merkwürdig blaß bestellt ist. Während sich mit der Gestalt seines Münsteraner Amtsbruders Clemens August Graf von Galen geläufige Vorstellungen verbinden³⁾, besitzen nur wenige hinreichend Kenntnis von Preysings Rolle im Kirchenkampf.

II.

Am 30. August 1880 wurde Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos als viertes von elf Kindern des Grafen Kaspar Preysing (1844 bis 1897) und seiner Frau Hedwig (1849—1938) auf Schloß Kronwinkl geboren, dem Stammsitz der Familie seit reichlich 800 Jahren, der zwischen Moosburg und Landshut liegt. Hier wuchs Preysing im Kreis seiner Geschwister auf, und er hat der Prägung durch die Erzie-

hung im Elternhaus stets besonderes Gewicht für sein späteres Wirken beigemessen.

In seinen Eltern verbanden sich die Traditionen des altbayerischen Adels mit der vergleichsweise urbaneren Geistigkeit der österreichisch-ungarischen Aristokratie. Die Mutter, eine geborene Gräfin Walterskirchen, aus Preßburg stammend und in ihrer Jugend Ehrenname am Wiener Kaiserhof, übte auf die geistige und charakterliche Entwicklung des Kindes besonderen Einfluß aus; sie bestärkte den gesundheitlich stets anfälligen Jungen in seiner künstlerisch-literarischen Aufgeschlossenheit und weckte sein großes Fremdsprachentalent, während seine politischen Interessen sich am Vorbild des Vaters bildeten, der von 1882 bis 1890 für das Zentrum dem Reichstag angehört hatte.

Beide Eltern waren von tiefer, unkompliziert-selbstverständlicher Religiosität, die sie, mit einem unübersehbaren Zug von Nüchternheit, ihren Kindern als besonderes Erbteil vermachten. Ihre Erziehungsgrundsätze waren im übrigen vom Gedanken der Lebensbewältigung geprägt: Frühzeitig sollten Konrad und seine Geschwister lernen, daß das Privileg hoher Geburt und materiell sorgenfreier Existenz durch besondere Haltung gerechtfertigt werden mußte und jedenfalls keine Ansprüche begründete, daß also, anders gesprochen, den Pflichten Vorrang vor eigenen Wünschen zukam.

Nach dem Abitur studierte Konrad von Preysing in München und Würzburg die Rechte, beendete die Ausbildung mit hervorragendem Erfolg, war kurze Zeit in einer Anwaltskanzlei tätig und trat 1906 als Ministerialpraktikant in die Dienste des Bayerischen Staatsministeriums des Äußern. 1907 wurde er der Münchner Gesandtschaft am italienischen Königshof attached, überraschte aber schon ein Jahr später mit einem Abschiedsgesuch, in dem er die Überzeugung aussprach, daß ihn seine Bestimmung eher dem geistlichen Berufe zuführe. So brach er seine vielversprechende diplomatische Karriere ab, noch ehe sie eigentlich begonnen hatte, und schrieb sich, wie zuvor schon zwei seiner Brüder, an der theologi-

¹⁾ Zitiert nach Heinrich Heims, Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941—1944, Hamburg 1980, S. 338.

²⁾ Eine historisch-kritische Biographie Preysings fehlt; sie ist ein dringendes Desiderat.

³⁾ Zu Galen vgl. Rudolf Morsey, Clemens August Kardinal von Galen (1878—1946), in: R. Morsey (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, S. 37—47.

Diese biographische Skizze ist die umgearbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrages, der auf dem 86. Deutschen Katholikentag 1980 in Berlin gehalten wurde.

schen Fakultät der Universität Innsbruck ein.

Als der 32jährige am 26. Juli 1912 zum Priester geweiht und im Jahr darauf mit einer kirchengeschichtlichen Arbeit aus dem Bereich der Patristik („Der Leserkreis der Philosophoumena Hippolyts“) zum Doktor der Theologie promoviert wurde, war er „dem Kaplansalter bereits entwachsen“⁴⁾. Es traf sich jedoch, daß der Münchner Erzbischof Franz von Bettinger einen persönlichen Sekretär suchte und seine Wahl um so lieber auf Preysing fiel, als dieser nach Auftreten wie Kenntnissen das Wirken des volkstümlichen Oberhirten vortrefflich zu ergänzen versprach.

Nach Bettingers Tod fand Preysing einen neuen Wirkungskreis als Stadtpfarrprediger von St. Paul in München, bis ihm der neue Erzbischof Michael von Faulhaber 1921 die Stelle des Dompredigers an Liebfrauen übertrug⁵⁾. Seinem ganzen Habitus nach war Preysing freilich nicht der geborene Rhetor, der, wie sein Erzbischof, durch barocke Sprachgewalt die Massen in seinen Bann gezogen hätte. Aber obwohl seine Predigten eher an den Verstand appellierten als an das Gemüt, wußte er sich doch einen festen Zuhörerkreis zu verschaffen. Daneben bezeugten eine Reihe von Abhandlungen und Übersetzungen während dieser Jahre sein anhaltendes theologisches und literarisches Interesse, Ausdruck seiner Unschlüssigkeit, ob nicht doch eine kirchengeschichtliche Professur angestrebt werden sollte.

Mögliche Zweifel wurden im Mai 1928 durch seine Berufung ins Münchner Domkapitel behoben, die zugleich auch den Eintritt in die Verwaltung der Erzdiözese bedeutete. Auch in diesem neuen Amt verschaffte Preysing sich rasch den Respekt seiner Umgebung. Von seinen Kollegen im Metropolitankapitel erzählte er später lachend einem Berliner Vertrauten, daß sie bei den Ordinariatssitzungen „still wie die Hüher auf ihren Stangen“ gesessen seien, wenn Kardinal Faulhaber in „hoheitsvolle[r] Kälte“ den Vorsitz führte, und alle ihn nach Sitzungsschluß beglückwünscht hätten, als er

dem Erzbischof einmal zu widersprechen gewagt habe⁶⁾.

Doch auch der Apostolische Nuntius Eugenio Pacelli war auf den jungen Domkapitular aufmerksam geworden. Seit 1917 in München akkreditiert und seit 1920 zugleich in Berlin, versicherte Pacelli sich wiederholt der diskreten Dienste des Dompredigers von Liebfrauen, vor allem bei Missionen diplomatischer Art⁷⁾. Gesellschaftliche Gewandtheit und frühere berufliche Erfahrungen kamen Preysing dabei gleichermaßen zustatten. Obwohl Pacelli, da zum Kardinalstaatssekretär aufgestiegen, 1930 nach Rom zurückkehrte, wandte er den deutschen Verhältnissen auch weiterhin seine besondere Aufmerksamkeit zu. Es ging wesentlich auf seinen Einfluß zurück, daß Pius XI. Konrad von Preysing im September 1932 zum neuen Bischof von Eichstätt ernannte, der an Seelenzahl kleinsten der bayerischen Diözesen.

III.

Bistum und Bischofsstadt Eichstätt lagen zwar durchaus im Windschatten des Geschehens, aber dennoch hat Preysing den Todeskampf der Weimarer Republik mit höchster Spannung verfolgt. Durch die Radikalität der politischen Forderungen und die Brutalität der Auseinandersetzungen zutiefst angewidert, empfand er die „Machtübernahme“ durch Hitler selbst in der Abgeschiedenheit der Provinz als folgenschweres Verhängnis. Hinter seinem sorgenvollen Kommentar: „Wir sind in den Händen von Verbrechern und Narren“⁸⁾ mochten natürlich auch Eichstätter Erfahrungen stehen, wo in der Regel der „Dorflump“ die Ortsgruppe der Partei führte; für weitaus gefährlicher hielt er jedoch Ideologie und totalen Erfassungsanspruch des Nationalsozialismus, worin er den künftigen Konflikt bereits angelegt sah⁹⁾. Insofern ließ er sich auch nicht wie

⁴⁾ Vgl. Ludwig Volk, Konrad Kardinal von Preysing (1880—1950), ebenda, S. 88—100, Zitat S. 90 (künftig zitiert: L. Volk, Preysing).

⁵⁾ Zu Faulhaber vgl. die biographische Skizze Ludwig Volks in: ders. (Hrsg.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917—1945, 2 Bde. (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bde. 17 und 26), Mainz 1975 und 1978, hier Bd. 1, S. XXXV—LXXXI (künftig zitiert: L. Volk, Faulhaber-Akten I/II).

⁶⁾ Vgl. Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935—1943, bearb. von Ulrich von Hehl (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 28), Mainz 1979, S. 15 (künftig zitiert: W. Adolph, Aufzeichnungen).

⁷⁾ Vgl. hierzu auch Rudolf Morsej, Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland, in: H. Schambeck (Hrsg.), Pius XII. zum Gedächtnis, Berlin 1977, S. 103—139.

⁸⁾ Mitgeteilt bei Bernhard Schwerdtfeger, Konrad Kardinal von Preysing. Bischof von Berlin, Berlin 1950, S. 52.

⁹⁾ Vgl. Ludwig Volk, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930—1934 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 1), Mainz 1966², passim.

manche seiner Amtsbrüder von der nationalen Aufbruchsstimmung des Frühjahrs 1933 den Blick verstellen, sondern plädierte auf dem außerordentlichen Plenartreffen der deutschen Bischöfe, das Ende Mai/Anfang Juni 1933 in Fulda stattfand, für entschiedene Abgrenzung¹⁰⁾. Seine Forderung, in Kundgebungen des Episkopats „kein Bekenntnis zur ‚neuen Ordnung‘, zum ‚neuen Staat‘ aufzunehmen“, begründete er mit der Gleichsetzung von Staat und Partei. Vor seinen Amtsbrüdern führte er aus: „Wir sind es dem katholischen Volke schuldig, ihm die Augen zu öffnen über die Gefahren für Glaube und Sitte, die sich aus der nationalsozialistischen Weltanschauung ergeben.“¹¹⁾

Von seiner Skepsis konnte ihn auch die Unterzeichnung des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 nicht befreien¹²⁾, das den kirchlichen Wirkungsbereich zumindest vorläufig zu garantieren schien, in ihm aber die bange Frage wachrief, was von der Vertragstreue notorischer Rechtsbrecher zu halten sei¹³⁾. Praktischer Anschauungsunterricht bot der Gleichschaltungsdrang des Regimes jedenfalls auch in der mittelfränkischen Diözese¹⁴⁾.

Ungeachtet der widrigen Zeitumstände hatte Preysing in seinem Eichstätter Hirtenamt eine Aufgabe und eine Lebensatmosphäre gefunden, „die vollständig seinem Wesen“ ent-

sprachen¹⁵⁾. Um so größer war sein Erschrecken, als sich im Frühjahr 1935 Anzeichen seiner bevorstehenden Translation auf den vakanten Bischofsstuhl von Berlin mehrten. Vergeblich wandte er sich Anfang Juni 1935 in Briefen an Kardinalstaatssekretär Pacelli und den Apostolischen Nuntius Orsenigo, um die Ernennung abzuwenden. Er war überzeugt, „nicht der Mann mit den eisernen Nerven“ zu sein, den die Stunde „an dem exponiertesten Platz in Deutschland“ erforderte, und auch „der Schmerz, eine geliebte Wirkungsstätte evtl. verlassen zu müssen“, spielte eine wichtige Rolle¹⁶⁾.

In der Tat hat Preysing seine Berufung nach Berlin als die wohl schwerste Prüfung seines Lebens empfunden und sich in der Reichshauptstadt zunächst tief unglücklich gefühlt¹⁷⁾, aber getreu seinem Bischofswort „Auf Dein Wort hin“ beugte er sich der Wahl des Berliner Domkapitels und dem päpstlichen Willen und bereitete die Übersiedlung vor. Als seine Ernennung am 6. Juli 1935 publiziert wurde, telegraphierte ihm Kardinal Faulhaber von München: „Meine Gebete begleiten Dich auf dem Weg nach Golgatha.“¹⁸⁾

IV.

Eichstätt und Berlin waren Gegensätze, wie sie größer wohl schwerlich gedacht werden können: dort eine idyllische Kleinstadt mit uralter geistlicher Tradition, die Diözese ländlich strukturiert und leicht überschaubar; hier die Asphaltwüste einer Millionenstadt und das junge Diasporabistum mit allen Schwierigkeiten der Neugründung behaftet.

Zu den besonderen Problemen der Seelsorge in industriellen Ballungsgebieten kamen zusätzliche Aufgaben, die sich aus der Lage Berlins als Hauptstadt des Reiches ergaben. So hatte der Berliner Ordinarius nicht nur Fühlung zum Vatikan und zur Reichs- und Preußischen Regierung zu halten, sondern auch seine Informationsmöglichkeiten für überdiözesane Mandate der Fuldaer Bischofskonferenz zu nutzen. Angesichts bedrohlicher Span-

¹⁰⁾ Vgl. Bernhard Stasiewski (Hrsg.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933—1945, 3 Bde. (1933—1936) (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bde. 5, 20 und 25), Mainz 1968, 1976 und 1979, hier Bd. 1, S. 195—210 (= Nrn. 43/I, II) (künftig zitiert: B. Stasiewski I/III). — Eine Skizzierung der Haltung des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 jetzt in den Beiträgen von Rudolf Morsey, Ludwig Volk und Ulrich von Hehl, in: K. Gotto/K. Reppen (Hrsg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980 (= Topos-Taschenbuch Nr. 96).

¹¹⁾ Preysing an die Fuldaer Bischofskonferenz, 31. Mai 1933. Druck: B. Stasiewski I S. 238 (= Nr. 44).

¹²⁾ Zur vieldiskutierten Konkordatsproblematik vgl. zuletzt Konrad Reppen, Ungedruckte Quellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation, in: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 375—413 (mit weiteren Literaturangaben).

¹³⁾ Vgl. Preysing an Pacelli, 3. Juli 1933, und Preysing an Faulhaber, 20. Juli 1933. Druck: Ludwig Volk (Hrsg.), Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 11), Mainz 1969, S. 110 f. (= Nr. 45) und 177 f. (= Nr. 95).

¹⁴⁾ Vgl. hierzu jetzt Evi Kleinöder, Verfolgung und Widerstand der Katholischen Jugendvereine. Eine Fallstudie über Eichstätt, in: M. Broszat/E. Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2, München/Wien 1979, S. 175—236.

¹⁵⁾ Walter Adolph, Kardinal Preysing und zwei Diktaturen. Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht, Berlin 1971, S. 17 (künftig zitiert: W. Adolph, Preysing).

¹⁶⁾ Vgl. Preysing an Pacelli und Orsenigo, 4. Juni 1935; Druck: W. Adolph, Preysing, S. 23 und ebda. Anm. 1.

¹⁷⁾ Vgl. W. Adolph, Aufzeichnungen, S. 73 ff. (= Nr. 23).

¹⁸⁾ Zitiert bei W. Adolph, Preysing, S. 29.

nungen im Verhältnis von Kirche und Staat war das ein dornenvolles Amt, und mit Recht konnte Preysing bei Gelegenheit bekennen: „Es wird kaum eine Diözese in Deutschland geben, die so viele Ansprüche an die Person des Bischofs stellt wie Berlin.“¹⁹⁾

Einen Vorgeschmack der rauher gewordenen Luft bekam Preysing schon bei seiner Einführung zu spüren: Demonstrativ blieben die eingeladenen Reichsbehörden seiner feierlichen Inthronisierung in der Berliner St. Hedwigs-kathedrale am 7. September 1935 fern, um damit gegen den August-Hirtenbrief der deutschen Bischöfe zu protestieren²⁰⁾, der die ständigen Konkordatsbrüche gebrandmarkt hatte²¹⁾. Auch bei seinem protokollarisch gebotenen Antrittsbesuch im Reichskanzlerpalais am 23. Oktober 1935 wurde Preysing mit Vorwürfen kirchlicher Intransigenz überschüttet. Erfolgreich widerstand er indessen „Hitlers legendärer Suggestionskraft“²²⁾ und zeigte eine Reserviertheit, die der ‚Führer‘ ihm nie vergaß; noch die eingangs zitierte Beschimpfung des Bischofs aus dem Jahre 1942 war ein Nachklang dieser Verstimmung.

Trotz dieses unfreundlichen Empfangs hielt Preysing sich anfangs mit kritischen Äußerungen betont zurück. Der Grund ist in Rücksichten auf die kirchenpolitische Großwetterlage zu sehen. Unter dem 16. Juli 1935 hatte Hitler die Errichtung eines Reichskirchenministeriums verfügt²³⁾, und der neue Ressortchef Hanns Kerrl ließ es während etlicher Wochen an Bekundungen prinzipieller Gesprächsbereitschaft nicht fehlen²⁴⁾. Immerhin konnte man darin nach allen Enttäuschungen der Vergangenheit einen vorsichtigen Hoffnungsschimmer sehen. Auch der ansonsten zur Skepsis geneigte Kardinalstaatssekretär Pa-

celli meinte den Bischöfen anraten zu sollen, „in der Öffentlichkeit den Anschein passiven Zuwartens zu vermeiden und die Regierung zu zwingen, die [längst überfälligen] Verhandlungen [betr. die Ausführungsbestimmungen zum Verbändeschutzartikel 31 des Reichskonkordats] entweder zu beginnen oder in unmißverständlicher Weise abzulehnen“²⁵⁾.

Preysing als Mitglied der dreiköpfigen Bischofsdelegation, die kirchlicherseits die Verhandlungen führen sollte, beurteilte deren Erfolgsaussichten denkbar gering. Tatsächlich scheiterten sie schon bald an unüberbrückbaren Gegensätzen, und der Reichskirchenminister schwenkte in die erprobten Bahnen polizeistaatlicher Unterdrückungsmaßnahmen zurück, um sich nicht im eigenen Lager zu isolieren, wo „selbstbewußte Experten der ‚Gegnerbekämpfung‘“ wie Himmler, Heydrich und Rosenberg den Ton angaben²⁶⁾.

Unterdessen schwoll der Katalog kirchlicher Beschwerdepunkte weiter an: Noch ehe Preysing in seinem neuen Bistum recht heimisch geworden war, wurde im Zuge einer gelenkten Kampagne gegen kirchliche „Devisenverbrecher“ im Oktober 1935 Bischof Legge von Meißen verhaftet²⁷⁾. Damit sah Preysing sich zum Apostolischen Administrator der verwaisten Nachbardiözese bestellt. Nur einen Monat später griff die Gestapo auch im Berliner Ordinariat zu und nahm mit Domkapitular Banasch einen engen Mitarbeiter des Bischofs in monatelange Schutzhaft. Der Vorwurf lautete diesmal auf Geheimnisverrat, weil Banasch als Leiter einer Informationsstelle des deutschen Episkopats die Bischöfe über vertrauliche antikirchliche Erlasse unterrichtet hatte²⁸⁾.

Nachgerade bedrohlich wurde die Situation jedoch in den Jahren 1936/37, als das Regime über viele Monate hin mit dem großangelegten Verleumdungsfeldzug der Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester das moralische Ansehen der Kirche zu untergraben versuchte. Gerade Berlin wurde zu einem Zentrum der antikirchlichen Hetze. Höhepunkt der Kampagne war am 28. Mai 1937 eine Großveranstaltung in der Deutschlandhalle, bei der sich Reichspropagandaminister Goebbels vor 20 000 fanatisierten Parteigenossen über die „herdenmäßige

¹⁹⁾ Zitiert bei Wolfgang Knauff, Konrad Kardinal von Preysing (1880—1950), in: ders. (Hrsg.), Miterbauer des Bistums Berlin, Berlin 1979, S. 111—132, hier S. 119 (künftig zitiert: W. Knauff, Preysing).

²⁰⁾ Druck des Hirtenworts, das am 1. September 1935 von allen Kanzeln verlesen wurde: B. Stasiewski II S. 331—341 (= Nr. 230).

²¹⁾ Vgl. Preysing an Faulhaber, 12. September 1935. Druck: L. Volk, Faulhaber-Akten II, S. 64 f. (= Nr. 495).

²²⁾ L. Volk, Preysing, S. 93.

²³⁾ Einzelheiten hierzu bei John S. Conway, Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933—1945, München 1969, S. 136—159.

²⁴⁾ Vgl. Ludwig Volk, Die Fuldaer Bischofskonferenz von Hitlers Machtergreifung bis zur Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘, Wiederabdruck in: D. Albrecht (Hrsg.), Katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Aufsatzsammlung, Mainz 1976 (= Topos-Taschenbuch Nr. 45), S. 35—65, hier S. 57—61 (künftig zitiert: L. Volk, Bischofskonferenz I).

²⁵⁾ Zitiert bei L. Volk, Preysing, S. 93.

²⁶⁾ L. Volk, Bischofskonferenz I, S. 59 f.

²⁷⁾ Zu den Devisenprozessen vgl. demnächst die Bonner phil. Diss. von Petra Rapp.

²⁸⁾ Einzelheiten bei W. Adolph, Aufzeichnungen, S. 86—92 (= Nr. 33).

Unzucht" „Tausende[r] von kirchlichen Sexualverbrechen" ausließ²⁹⁾.

Die systematische Bekämpfung des kirchlichen Wirkens in der Öffentlichkeit war eher langfristig angelegt³⁰⁾. Schrittweise wurde der kirchliche Einfluß auf die Schulen beseitigt, der Klerus vom Religionsunterricht ausgeschlossen, die Ordensschulen und Internate abgebaut und sämtliche Bekenntnisschulen in nationalsozialistische ‚Deutsche Schulen‘ umgewandelt.

Die gleiche Salamtaktik zeigte sich bei den Auseinandersetzungen um die katholischen Verbände und bei der Pressepolitik des Regimes. Während die Verbände einem zermürbenden Auszehrkampf unterworfen waren, an dessen Ende zumeist staatspolizeiliche Auflösungsverfügungen standen, wurden mit wachsender Lenkung der veröffentlichten Meinung durch Propagandaministerium und Reichspressekammer auch die katholischen Zeitungen und Zeitschriften immer stärker zurückgedrängt und in Umfang und Inhalt beschränkt, bis sie während des Krieges verboten wurden³¹⁾. Gerade der Pressepolitik wandte Preysing als Beauftragter der Fuldaer Bischofskonferenz für die kirchlich-katholische Presse seine besondere Aufmerksamkeit zu³²⁾, und er besaß in Domkapitular Heinrich Heufers und seinem späteren Biographen Walter Adolph ebenso engagierte wie sachkundige Mitarbeiter.

Wie die meisten seiner bischöflichen Amtsbrüder reagierte Preysing auf die Herausforderung durch das Regime zunächst mit den Mitteln traditioneller Eingabepolitik. In zahllosen, sorgfältig formulierten schriftlichen Protesten wandte er sich an die verantwortlichen Stellen und forderte Abhilfe. Aber wie

hieb- und stichfest seine Argumente auch immer waren, mußte er sich doch schon bald eingestehen, daß sie die Gegenseite nicht im geringsten beeindruckten konnten. Seit spätestens Ende 1936, als eine Begegnung zwischen Kardinal Faulhaber von München und Hitler ohne jedes positive Ergebnis blieb, stand daher für Preysing fest, daß ein Einlenken des Regimes nicht zu erwarten war³³⁾. „Die Ursache für den Haß und die Feindschaft der NSDAP gegen jedes offenbarungsgläubige Christentum" schien ihm prinzipieller Natur; er sah sie in der weltanschaulich geforderten Totalerfassung aller Lebensbereiche grundgelegt. Daraus folgte für ihn, daß die Partei jede Beeinträchtigung ihres Ausschließlichkeitsanspruchs kompromißlos bekämpfen mußte und sich allenfalls zu taktischen Zugeständnissen bereitfinden würde, die sie bei nächster Gelegenheit widerrufen konnte.

Daher begrüßte Preysing das Erscheinen der Enzyklika „Mit brennender Sorge" vom 14. März 1937, die, von allen Kanzeln verlesen, ein seit langem erwartetes, erlösendes Zeichen setzte³⁴⁾. In ihr rechnete Pius XI. vor der Weltöffentlichkeit in aller Schärfe mit der Kirchenpolitik des Nationalsozialismus ab und nannte sie einen von Anfang an geplanten „Vernichtungskampf". Daß der Papst Anfang Januar 1937 außer den ranghöheren deutschen Kardinälen Bertram, Faulhaber und Schulte mit den Bischöfen Preysing und Galen ausgerechnet zwei Verfechter energischer Verteidigungsmaßnahmen nach Rom gerufen hatte, um sein Vorhaben abzustimmen, zeigt, welches Gewicht der Vatikan gerade auf ihr Urteil legte³⁵⁾.

V.

Durch den päpstlichen Offensivstoß konnte Preysing sich in seiner Lagebeurteilung bestätigt sehen, und es lag nahe, daß er auch Schluß-

²⁹⁾ Vgl. Hans Günter Hockerts, Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 6), Mainz 1971, hier S. 112—117.

³⁰⁾ Vgl. zum folgenden jetzt Rudolf Lill, in: K. Gotto/K. Reppen (wie Anm. 10), S. 23—34 (mit weiteren Literaturhinweisen).

³¹⁾ Vgl. Karl Aloys Altmeyer, Katholische Presse unter NS-Diktatur. Die katholischen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1945, Berlin 1962; ferner Manfred Hüsgen, Die Bistumsblätter in Niedersachsen während der nationalsozialistischen Zeit. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Publizistik im Dritten Reich (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 85), Hildesheim 1975.

³²⁾ Hierzu zahlreiche Einzelheiten bei W. Adolph, Preysing, und ders., Aufzeichnungen, passim.

³³⁾ Zum Besuch Faulhabers bei Hitler am 4. November 1936 vgl. dessen bei L. Volk, Faulhaber-Akten II, S. 184—194 (= Nr. 572), veröffentlichten Bericht. Zur Kommentierung dieses Besuchs durch Preysing vgl. W. Adolph, Aufzeichnungen, S. 120 f. (= Nr. 52).

³⁴⁾ Druck der Enzyklika: Dieter Albrecht (Bearbeiter), Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung, Bd. 1: Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘ (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 1), Mainz 1965, S. 402—443 (= Anhang Nr. 7).

³⁵⁾ Vgl. hierzu jetzt: Heinz-Albert Raem, Pius XI. und der Nationalsozialismus. Die Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘ vom 14. März 1937 (= Beiträge zur Katholizismusforschung), Paderborn—München—Wien—Zürich 1979.

folgerungen für den bischöflichen Abwehrkurs zog. Das bisher geübte Verfahren interner schriftlicher Proteste und Eingaben, das in Kardinal Bertram von Breslau, dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, „einen ebenso kundigen wie starrsinnigen Verfechter besaß“³⁶⁾, hatte sich seiner Meinung nach als erfolglos erwiesen. Ebenso schienen ihm Verhandlungen mit dem staatlichen Konkordatspartner sinnlos, wenn gleichzeitig durch Druck und Gewalt vollendete Tatsachen geschaffen wurden.

Mitte Oktober 1937 zog er sich deshalb von geplanten Schulverhandlungen zurück und kam in einer von Walter Adolph ausgearbeiteten Denkschrift an Kardinal Bertram zu Vorschlägen³⁷⁾, „die den Gegebenheiten und der Mentalität des SS-Staates Rechnung“ zu tragen suchten³⁸⁾:

1. Verhandlungen nur zu führen, wenn auch tatsächlich ein Waffenstillstand eingehalten wird;
2. klar die Verantwortung der NSDAP und ihrer Organisationen für den Kampf gegen die Kirche herauszustellen;
3. den diplomatischen Ton schriftlicher Proteste nach der Devise „Angriff ist die beste Verteidigung“ zu ändern;
4. alle wichtigen Eingaben nach bestimmter Frist dem Klerus bekanntzugeben;
5. die Gläubigen „durch kurze, aktuelle und den Kirchenkampf in seinen wahren Motiven und Vorgängen aufzeigende Hirtenbriefe aufzuklären“.

Nach allen Erfahrungen, hieß es zur Begründung, fürchte die Partei einzig Öffentlichkeit und Massenreaktion, da aus ihnen am ehesten „eine noch bestehende Begrenzung ihres universalen Machtanspruchs“ sprach.

Um so dürrtiger fiel aus, was Preysing mit seinem Vorstoß in Breslau erreichte. Bertram, der bei grundsätzlich kaum weniger illusionsloser Einschätzung des Nationalsozialismus doch vor offener Konfrontation zurückschreckte, fürchtete von unverhohlener Kampfansage nur neue und schwerste Verwicklungen. Sor-

genvoll verwies er auf seine Erfahrungen aus dem Kulturkampf und warnte vor einer Überforderung von Klerus und Gläubigen³⁹⁾.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß der Erfolg von Preysings Konzept wesentlich von einem einigen und geschlossenen Vorgehen des deutschen Episkopats abhing. Mit Bertrams unverhüllter Absage entschwand aber diese Voraussetzung; ein Kurswechsel war schwerlich gegen den Willen des Konferenzvorsitzenden durchzusetzen, der die Linien der kirchlichen Abwehr in eigenwilliger Autoritätsauffassung bestimmte.

Solange dieser Führungsanspruch nicht ernsthaft bestritten wurde, mußten auch weitere Versuche Preysings, den Vorsitzenden stärker auf das Meinungsspektrum im Gesamtepiskopat festzulegen, ergebnislos bleiben. Das gilt auch für seinen Vorschlag, den schwerfälligen Apparat der Fuldaer Bischofskonferenz durch „eine Art engeren Ausschusses“ zu ergänzen, der zwischen den jährlichen Plenarversammlungen über drängende kirchenpolitische Fragen beraten sollte⁴⁰⁾. Allerdings schlug der schwelende Meinungsstreit im April 1940 in einen offenen Gegensatz um, als Kardinal Bertram im Namen aller deutschen Bischöfe ein Geburtstagsschreiben an Hitler sandte, ohne sich zuvor ihres Einverständnisses versichert zu haben. Über Tatsache wie Inhalt der Glückwunschadresse war Preysing so bestürzt, daß er den Austritt aus der Fuldaer Bischofskonferenz erwo, ja sogar zum Verzicht auf sein Bistum bereit war⁴¹⁾. Zwar konnte ihn Eugenio Pacelli, der 1939 als Pius XII. den Stuhl Petri bestiegen hatte, von diesem Schritt abhalten, doch gab er protestierend sein Presereferat in die Hände Bertrams zurück. Als auf der nächsten Plenarversammlung im August 1940 trotz ausdrücklicher päpstlicher Aufforderung keine Aussprache über den kirchenpolitischen Kurs des Vorsitzenden zustande kam, war die Spaltung des Gremiums offensichtlich: Um Bertram zu schonen, aber „zum Schaden der Sache“ war „das drängendste

³⁶⁾ L. Volk, Preysing, S. 94. — Zu Bertram vgl. auch Ludwig Volk (Hrsg.), biographische Skizze in: R. Morsey (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 1, Mainz 1973, S. 274—286.

³⁷⁾ Vgl. Preysing an Bertram, 18. Oktober 1937, sowie den Text der Denkschrift, 17. Oktober 1937. Druck: W. Adolph, Aufzeichnungen, S. 164—171 (= Nrn. 83 und 83a).

³⁸⁾ L. Volk, Preysing, S. 95.

³⁹⁾ Einzelheiten bei Walter Adolph, Hirtenamt und Hitlerdiktatur, Berlin 1965, S. 134—157 (künftig zitiert: W. Adolph, Hirtenamt).

⁴⁰⁾ Vgl. Vorschlag Preysings, 3. Mai 1938. Druck: Ludwig Volk (Hrsg.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933—1945, Bd. 4: 1936—1939 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 30), Mainz 1980, S. 450 f. (= Nr. 452) (künftig zitiert: L. Volk, Akten IV).

⁴¹⁾ Ausführliche Dokumentation bei W. Adolph, Hirtenamt, S. 158—171. Ergänzend ders., Aufzeichnungen, S. 273 ff. (= Nr. 146) und 276 f. (= Nr. 148).

aller Probleme aus den Beratungen ausgeschieden⁴²⁾.

VI.

Für das eigene Bistum hatte Preysing bereits seit dem Jahre 1937 Konsequenzen aus seiner Lagebeurteilung gezogen: Ohne den Weg (interner) schriftlicher Eingaben zu verlassen, wandte er sich nun zusätzlich auch an die Öffentlichkeit, um das Kirchenvolk über den Unterdrückungskurs des Regimes und die Ergebnislosigkeit seiner Protestschritte zu unterrichten⁴³⁾. „Wenn ich gefragt würde, was tun“, umschrieb er in einem Brief an Pius XII. seine Taktik, „so würde ich sagen: die bisherige Linie ‚Mit brennender Sorge‘ etc. einhalten, ohne unnötige Reibungen hervorzurufen, fest und entschieden Glauben und kirchliche Rechte verteidigen, Klerus und Volk im Ausharren stärken. Die Treue der Katholiken ist unsere letzte und einzige Hoffnung. Ob dieser Haltung Erfolg beschieden wird, weiß Gott allein. Jedenfalls ist es die einzige Haltung, die nicht von vornherein zum Untergang der Kirche in Deutschland führt.“⁴⁴⁾

Durchaus folgerichtig hütete er sich auch vor ungewollter Unterstützung von Hitlers aggressiver Außenpolitik. Hatte er schon anlässlich der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes im März 1936 gefragt: „Haben wir Auftrag und Sendung, als Bischöfe autoritativ zu einer außenpolitischen Entwicklung Stellung zu nehmen?“⁴⁵⁾, so nahm er auch vor der Volksabstimmung über den „Anschluß“ Österreichs vom 10. April 1938 „leidenschaftlich für sich als Bischof das Recht des Schweigens in Anspruch“, als das Propagandaministerium den Abdruck einer Auflagenachricht in der

kirchlichen Presse erzwang. Er war sogar bereit, sein Kirchenblatt hierfür zu opfern⁴⁶⁾.

Kompromißlos, wo es ihm erforderlich schien, flexibel, wo es die Umstände geboten, mußte er sich mit zunehmendem Druck aber immer deutlicher der Grenzen seiner Wirkungsmöglichkeiten bewußt werden. Gerade der Kriegsausbruch legte ihm weitere Fesseln an. Was auf diskreten Wegen an zusätzlichen Informationen über den Tabula-rasa-Kurs kirchenfeindlicher Kräfte und vor allem über den Ausrottungsfeldzug gegen Geisteskranke, Juden, Zigeuner und Slawen an sein Ohr drang, war nicht dazu angetan, sein Entsetzen zu mildern, sondern verstärkte nur das Gefühl der eigenen Ohnmacht. Beispielhaft heißt es etwa in einem Hilferuf an den Papst, der noch ganz unter dem Eindruck schwerer Bombenangriffe auf die Reichshauptstadt geschrieben war: „Wohl noch bitterer trifft uns gerade hier in Berlin die neue Welle von Judendeportationen, die gerade die Tage vor dem 1. März [1943] eingeleitet worden sind. Es handelt sich um viele Tausende, ihr wahrscheinliches Geschick haben Eure Heiligkeit in der Radiobotschaft von Weihnachten [1942] angedeutet. Unter den Deportierten sind auch viele Katholiken. Wäre es nicht möglich, daß Eure Heiligkeit noch einmal versuchten, für die vielen Unglücklichen-Unschuldigen einzutreten? Es ist dies die letzte Hoffnung so vieler und die innige Bitte aller Gutdenkenden.“⁴⁷⁾

Was Preysing selbst tun konnte, war wenig genug, doch das Wenige wurde nicht unterlassen. Der Juden wie der christlichen „Nichtarier“ nahm sich das von ihm gegründete „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat“ an, dessen Leitung der Bischof nach der Verhaftung von Dompropst Lichtenberg selbst übernahm, vor allem unterstützt von Margarethe Sommer⁴⁸⁾. Unter den argwöhnischen Augen

⁴²⁾ Vgl. Ludwig Volk, Die Fuldaer Bischofskonferenz von der Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘ bis zum Ende der NS-Herrschaft, Wiederabdruck in: D. Albrecht (wie Anm. 24), S. 66—102, hier S. 74—78. Zitat S. 76 (künftig zitiert: L. Volk, Bischofskonferenz II).

⁴³⁾ Zahlreiche Beispiele in: Dokumente aus dem Kampf der katholischen Kirche im Bistum Berlin gegen den Nationalsozialismus, hrsg. vom Bischöflichen Ordinariat Berlin, Berlin 1948²; ferner K. A. Altmeyer; W. Adolph, Preysing; ders., Aufzeichnungen.

⁴⁴⁾ Preysing an Pius XII., 8. April 1939. Teildruck: Burkhard Schneider u. a. (Hrsg.), Die Briefe Pius XII. an die deutschen Bischöfe 1939—1944 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 4), Mainz 1966, S. 7, Anm. 3 (künftig zitiert: B. Schneider.).

⁴⁵⁾ Preysing an den deutschen Episkopat, 17. März 1936. Druck: B. Stasiewski III S. 302 (= Nr. 283).

⁴⁶⁾ Einzelheiten bei W. Adolph, Aufzeichnungen, S. 241—263 (= Nrn. 135—138), Zitat S. 249.

⁴⁷⁾ Preysing an Pius XII., 6. März 1943; Teildruck: B. Schneider S. 239 Anm. 1. — Die dort angesprochene Rundfunkbotschaft des Papstes vom 24. Dezember 1942 ist gedruckt bei Wilhelm Corsten (Hrsg.), Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933—1945, Köln 1949, S. 272 bis 281 (= Nr. 220). — Der Papst rief in dieser Ansprache u. a. zur Solidarität auf mit den „unzähligen Verjagten“ und den „Hunderttausenden, die persönlich schuldlos bisweilen nur um ihrer Nationalität oder Abstammung willen dem Tode geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind“ (S. 280).

⁴⁸⁾ Zu Lichtenberg und Sommer vgl. jetzt die biographischen Skizzen von Hans-Georg Mann und Erich Klausener in: W. Knauff (Hrsg.), Miterbauer, S. 67 bis 76 und 153—179.

der Gestapo waren ihren Hilfsmöglichkeiten natürlich enge Grenzen gesetzt, doch sind, einem Bericht aus der Nachkriegszeit zufolge, immerhin „ca. 3 365 Einzelpersonen betreut“ worden⁴⁹⁾. Mehrfach intervenierte der Bischof auch brieflich bei SS-(Ober-)Sturmbannführer Eichmann, um Ausreisegenehmigungen für rassisch Verfolgte zu erhalten, aber offenkundig ohne Erfolg⁵⁰⁾. Wohl dürfte es mit auf seine und Kardinal Bertrams Bemühungen zurückgehen, daß 1943 ein geplantes Gesetz über die Zwangsscheidung „rassischer Mischehen“ zurückgestellt wurde, dessen Erlaß zahllose „Nicht-Arier“ mit Deportation und Tod bedroht hätte⁵¹⁾. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufforderung Preysings an mehrere Amtsbrüder zu sehen, „sich in bestimmtem Ton bei den Ministerien nach den ‚katholischen Nichtariern‘ zu erkundigen und mit öffentlichem Protest zu drohen“⁵²⁾.

Gegen die Willkürherrschaft des Regimes forderte er zusammen mit anderen Bischöfen im November 1941 ein gemeinsames, von apostolischem Freimut getragenes Hirtenwort, das die „öffentliche Verletzung von göttlichem und natürlichem Recht“ ebenso öffentlich verurteilen sollte. Nicht die Frage von Erfolg oder Mißerfolg dürfe bei diesem Schritt von Bedeutung sein, sondern nur die Frage: „Was ist im gegenwärtigen Augenblick unsere Pflicht? Was verlangt das Gewissen? Was erwartet Gott, das gläubige deutsche Volk von seinen Bischöfen?“⁵³⁾. Zwar kam die Aktion in der vorgesehenen Form nicht zustande, doch fertigte Preysing aus dem Hirtenbriefentwurf eine Denkschrift, die gemeinsam vom deutschen Episkopat und der evangelischen Kirchenführung im Dezember 1941 der Reichskanzlei zugestellt wurde⁵⁴⁾.

Stärkere Anlehnung fand Preysing während der letzten Kriegsjahre bei der westdeutschen Bischofskonferenz, deren neuer Vorsitzender,

Erzbischof Frings von Köln, seine Ansichten weitgehend teilte⁵⁵⁾. So wurde sein Advents Hirtenbrief vom 13. Dezember 1942 über die Grundlagen des Rechts auch in den westdeutschen Diözesen verlesen, ja er fand selbst Aufmerksamkeit im britischen Rundfunk und im amerikanischen Repräsentantenhaus⁵⁶⁾. Er war ein mutiger Kanzelprotest, der autoritativ feststellte: „Wer immer Menschenantlitz trägt hat Rechte, die ihm keine irdische Gewalt nehmen darf ... All die Urrechte, die der Mensch hat, das Recht auf Leben, auf Unversehrtheit auf Freiheit, auf Eigentum, auf eine Ehe, deren Bestand nicht von staatlicher Willkür abhängen können und dürfen auch dem nicht abgesprochen werden, der nicht unseres Blutes ist oder nicht unsere Sprache spricht.“⁵⁷⁾

Welchen Eindruck die Hirtenworte des Bischofs bei den braunen Machthabern hervorriefen, belegt eine Tagebuchnotiz des Reichspropagandaministers, der ihn als ‚Hetzergegen die deutsche Kriegsführung‘ „für den Tag der Endabrechnung ... vormerkte“⁵⁸⁾.

Über die gesamte Kriegsdauer hinweg stand Preysing in regem Meinungsaustausch mit Papst Pius XII. Ausweislich der gedruckt vorliegenden Korrespondenz des Pacelli-Papstes⁵⁹⁾ ist er unter allen deutschen Bischöfen dessen „mit Abstand bevorzugte[r] Briefpartner“ gewesen⁶⁰⁾. Eng waren auch die Beziehungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, dessen Haupt, Helmuth Graf von Moltke, oft sein Gast war und sich „stundenlang [mit ihm] über den Neuaufbau Deutschlands“ unterhielt⁶¹⁾. Mehrfach empfing Preysing auch andere Regimegegner, darunter Graf Stauffenberg und Carl Friedrich Goerdeler. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944, das ihn selbst überrascht hatte, rechnete er ständig mit seiner Verhaftung. Gleichwohl verweigerte er den Hinterbliebenen der hingerichteten Widerstandskämpfer seine Hilfe nicht. Erst nach Kriegsende war für seine Vertrauten zu merken, „wie die Unge-

⁴⁹⁾ W. Knauff, Preysing, S. 121.

⁵⁰⁾ Faksimile eines solchen Gesuchs bei Cécile Lowenthal-Hensel, 50 Jahre Bistum Berlin. Menschen und Ereignisse 1930—1945, Berlin 1980, S. 60 f.

⁵¹⁾ Vgl. hierzu jetzt Burkhard van Schewick, in: K. Gotto/K. Repgen (wie Anm. 10), S. 83—100 (mit weiteren Literaturhinweisen).

⁵²⁾ Martin Höllen, Kirchenpolitik unter Extrembedingungen. Deutscher Katholizismus im 20. Jahrhundert am Beispiel der Biographie von Bischof Heinrich Wienken (1883—1961), phil. Diss. Berlin 1980, S. 114.

⁵³⁾ Gründe für die Notwendigkeit [eines] Hirtenworts, 15. November 1941. Druck: L. Volk, Faulhaber-Akten II, S. 837 f. (= Nr. 845 c).

⁵⁴⁾ Einzelheiten bei L. Volk, Bischofskonferenz II, S. 83 f.

⁵⁵⁾ Vgl. Ulrich von Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933—1945 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 23), Mainz 1977, passim.

⁵⁶⁾ Vgl. B. Schwerdtfeger (wie Anm. 8), S. 104.

⁵⁷⁾ Druck des Hirtenbriefs: W. Adolph, Preysing S. 171—174, Zitat S. 174.

⁵⁸⁾ Zitiert bei L. Volk, Preysing, S. 98.

⁵⁹⁾ Vgl. B. Schneider passim.

⁶⁰⁾ L. Volk, Preysing, S. 97.

⁶¹⁾ Preysing hat nach Kriegsende über diese Begegnungen einen Bericht verfaßt. Druck: B. Schwerdtfeger (wie Anm. 8), S. 129 f.

wißheit des Wartens kaum ertragbar auf ihm gelastet“ hatte⁶²).

VII.

Seit dem 23. November 1943 ausgebombt und aller persönlichen Habe beraubt, erlebte Preysing den Zusammenbruch und die Besetzung Berlins in tiefster Niedergeschlagenheit. Die sich rasch abzeichnende Teilung Deutschlands, das Ausmaß der Zerstörung und die bittere Not in der russischen Zone ließen ihn vorübergehend an der Überlebensfähigkeit der Diözese zweifeln. In die drückenden Sorgen der Nachkriegszeit platzte Weihnachten 1945 die überraschende Rundfunkmeldung, daß Papst Pius XII. den Bischof von Berlin in das Kardinalskollegium berufen habe.

Preysing empfand diese Auszeichnung als unverdiente Ehrung und verstand sie als Ansporn zu weiterem Einsatz. Seine letzten Lebensjahre galten dem Wiederaufbau des zerstörten Bistums und dem Kampf gegen jene neue Form des totalen Herrschaftsanspruchs, die sich anstelle der erhofften Befreiung über die Menschen im sowjetischen Machtbereich breitete. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus hatte mit der gerade überwundenen Weltanschauung des Nationalsozialismus ja den entscheidenden Grundzug gemeinsam, daß auch sie die Gleichschaltung und totale Erfassung aller Lebensbereiche anstrebte. Wie zuvor schon im Dritten Reich verstand Preysing sich daher als Anwalt der Unterdrückten. Öffentlich und intern, in Predigten, Hirtenworten und Eingaben protestierte er gegen die Beschränkungen des kirchlichen Lebens, die Indoktrinierung in den Schulen, die revolutionären Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse, wie sie sich vornehmlich bei der „Bodenreform“ zeigten, die neu-alten Konzentrations- und Umerziehungslager und ein allgemeines Aufkommen von Rechtlosigkeit und Machtmißbrauch⁶³).

Als außerordentlich folgenreich erwies sich sein Runderlaß vom 20. Dezember 1947, der in Bekräftigung einer älteren Verfügung den Priestern politische Stellungnahmen untersagte⁶⁴). „Erklärungen zu Zeitfragen“ blieben vielmehr ausdrücklich den Bischöfen vorbehalten. Damit bewahrte er den Klerus nachhal-

tig vor propagandistischer Vereinnahmung durch das SED-Regime, zumal der Erlaß schon bald für alle kirchlichen Jurisdiktionsbezirke der DDR Geltung erlangte und auch von Preysings Nachfolgern mehrfach bestätigt worden ist⁶⁵).

Daneben galt Preysings Sorge der drückenden Not. Zahlreiche Hilfsappelle und eine längere Amerikareise im Frühjahr 1947 fanden unerwartet große Resonanz, und gerade auch seine vorzüglichen Sprachkenntnisse und die Würde des Kardinalamts öffneten ihm manche Türen und unterstrichen seine Glaubwürdigkeit als Vertreter eines „anderen Deutschlands“.

Durch seine vielfältigen Aktivitäten wuchs Preysing gleichsam von selbst in die Rolle eines Sprechers der mitteldeutschen Ordinarien hinein und erlebte im Juli 1950 noch die Errichtung einer „ostdeutschen Bischofskonferenz“ durch Papst Pius XII., die später in „Berliner Ordinariatenkonferenz“ und 1976 dann in „Berliner Bischofskonferenz“ umbenannt wurde.

Unverkennbar wurde indessen, daß die Belastungen der vergangenen Jahre an seinen Kräften gezehrt hatten; warnende Anzeichen mehrten sich, und während der Berlin-Blokade traf ihn im Oktober 1948 ein leichter Gehirnschlag. Dennoch unerwartet verstarb der erst 70jährige am 21. Dezember 1950 in Berlin. Er wurde in der St. Hedwigs-kathedrale beige-setzt.

VIII.

In den dreißig Jahren, die seit Preysings Tod vergangen sind, ist seinem Wirken zwar vielfache Anerkennung gezollt worden, einem breiten Publikum wurde er allerdings nicht bekannt. Schon seine Berufung in das Kardinalskollegium, die ihn zusammen mit Erzbischof Frings und Bischof von Galen erreichte, hat bei nicht wenigen verwundertes Fragen ausgelöst. Nicht mit der Würde eines althehrwürdigen Metropolitansitzes geschmückt und ohne die Aura des „Löwen von Münster“, war Preysing für viele ein unbeschriebenes Blatt, und seine Leistungen waren kaum in das allgemeine Bewußtsein gedrungen.

Wer nach den Gründen forscht, kann nicht übersehen, daß vieles an Preysings Person sich

⁶²) Einzelheiten bei W. Adolph, Preysing, S. 180 bis 184, Zitat S. 182.

⁶³) Vgl. die Dokumentation bei W. Adolph, Preysing, S. 200—261.

⁶⁴) Druck der Verfügung: Amtsblatt des Bischöflichen Ordinariats Berlin 1948, S. 2 (= Nr. 5).

⁶⁵) Näheres bei Wolfgang Knauft, Katholische Kirche in der DDR. Gemeinden in der Bewährung 1945—1980, Mainz 1980, passim.

popularisierender Betrachtung entzieht. Anders als etwa sein Münsteraner Vetter Clemens August von Galen hat er sich nicht in das Gedächtnis der Nachwelt hineinpredigen können. Ihm fehlte das Charisma des populären Kirchenfürsten oder geborenen Kanzelredners, und er hätte in der Weite und Fremdartigkeit seines Diasporabistums auch schwerlich auf die gleiche Zustimmung rechnen können, wie Galen sie in der westfälischen Landbevölkerung fand.

Anders auch als der Bischof von Münster war Preysing seiner ganzen Persönlichkeit nach nicht eigentlich ein Kämpfer, sondern der geborene Diplomat, ein Mann des Salons, nicht des Forums. Wenn er gelegentlich bekannte, eher „die Natur einer Rehgeiß“ zu haben⁶⁶⁾, war damit ausgesprochen, wie wenig die ihm aufgezwungene Auseinandersetzung seinem Wesen entsprach. Nur Eingeweihte wußten, daß er seine Frontstellung gegen die Terrorherrschaft ständigen Anfechtungen abringen mußte. Denn ausgezeichnet durch hohe Intelligenz, ungewöhnliches Einfühlungsvermögen und politische Urteilskraft, gelangen ihm zwar Analysen von erstaunlicher Treffsicherheit, er empfand aber zugleich auch die Risiken seiner Entschlüsse. Je mehr er sich in die vermuteten Reaktionen der Gegenseite hineinversetzte, desto qualvoller wurde ihm oft die Entscheidung. Gleichviel, ob man hier von der „Gespaltenheit des Intellektuellen“⁶⁷⁾ oder von übergroßer „Geistigkeit zu Lasten der Vitalität“ spricht: „Er war nicht der Mann, der mit der Faust auf den Tisch schlug oder mit Trompetenstoß die Öffentlichkeit aufweckte.“⁶⁸⁾ Dem

⁶⁶⁾ Zitiert bei W. Adolph, Preysing, S. 16.

⁶⁷⁾ L. Volk, Preysing, S. 98.

⁶⁸⁾ W. Adolph, Preysing, S. 16.

von drückenden Sorgen Gequälten fehlte das Ventil der erlösenden Tat, wie es Galen in seinen berühmten Kanzelprotesten vom Sommer 1941 fand⁶⁹⁾. Insofern ist denn auch treffend bemerkt worden, „daß . . . seine Größe erst aus den Akten aufersteht“⁷⁰⁾.

Freilich schmälert das seine Verdienste nicht, sondern zeigt die Andersartigkeit seiner Bedeutung: „Von keinem ‚Anschluß‘ oder Blitzkrieg geblendet, von keinem Blick ins Führerauge aus der Balance gebracht, durch keine Loyalitätsskrupel verwirrt, hat er wie ganz wenige seiner Landsleute dem Nationalsozialismus von Anbeginn hinter das Visier geschaut und sich in seiner radikalen Ablehnung durch nichts und niemand beirren lassen.“⁷¹⁾

Er war damit auch im deutschen Episkopat eine singuläre Erscheinung, „ein geborener Stratege“ gleichsam „inmitten kriegsunkundiger Oberhirten“⁷²⁾. Unerreicht in der Analyse der kirchenpolitischen Situation und im Abwägen der schrumpfenden Abwehrmöglichkeiten, wurde er mit wachsendem Terror zum Wortführer derjenigen Bischöfe, die den Weg schriftlicher Proteste verlassen und zu öffentlicher „Verteidigung der allgemein menschlichen Rechte“⁷³⁾ vorstoßen wollten. Es gehört zur Tragik der kirchlichen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime, daß diese Absicht an mangelnder Einigkeit im Episkopat gescheitert ist.

⁶⁹⁾ Vgl. hierzu jetzt Ludwig Volk, C. A. von Galen – Schweigen oder Bekennen?, in: Stimmen der Zeit 194, 1976, S. 219–224.

⁷⁰⁾ L. Volk, Preysing, S. 100.

⁷¹⁾ Ebenda.

⁷²⁾ Ebenda.

⁷³⁾ Wie Anmerkung 53.

Mohammed Abu Shilbaya: Zusammen weiterleben. Eine palästinensische Stimme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39—40/80, S. 3—7

Das Palästinenserproblem — der zentrale Punkt des Nahostkonfliktes — könnte, so meint der Autor, leichter gelöst werden, wenn die Palästinenser, „die Juden von heute“, als die eigentlich Betroffenen endlich das ihnen zukommende Mitspracherecht erhielten und wenn nicht weiterhin alle Vorschläge zu einer Regelung hinter ihrem Rücken gemacht würden. Bei den bisherigen Lösungsversuchen sind von den Beteiligten die Vorstellungen, die die Palästinenser selbst von ihrer politischen und sozialen Zukunft haben, weitgehend vernachlässigt worden. Demgegenüber formuliert der Autor ein Vier-Punkte-Programm, dessen Ziel ein — im westlichen Sinne demokratischer — Palästinenserstaat ist, der sich zu vollständigem Gewaltverzicht bekennt und eine (erweiterungsfähige) Föderation mit Israel und dem — zu mehr Demokratie und Modernität anzuhaltenden — haschemitischen Königreich anstrebt.

Gideon Weigert: Palästinenser und Israelis — jenseits der Schlagzeilen. Eine israelische Stimme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39—40/80, S. 9—18

Wer, wie der Autor, in Jerusalem unmittelbar an einer Nahtstelle zwischen den beiden semitischen Völkern im Heiligen Land lebt, kann Tag für Tag die Erfahrung machen, daß es neben dem bekannten Gegeneinander ein beträchtliches Maß an vernünftigem Miteinander von Israelis und Palästinensern gibt. Davon indessen hört der Zeitungsleser in Europa kaum etwas, denn die stets nach „action“ dürstenden Medien, auch die deutschen, blenden in ihrer Berichterstattung dieses Miteinander fast vollständig aus. Übersehen werden auch meistens — als uninteressante Alltäglichkeiten — die gemeinsamen erfolgreichen Bemühungen von Palästinensern und Israelis um agrarische Entwicklung und Industrialisierung in den seit 1967 besetzten Gebieten.

Eine solche Verständigungsbereitschaft steht nicht in Einklang mit der herrschenden These, daß die Palästinenser in den West-Banks und im Gazastreifen die kompromißlos-aggressive PLO als ihren einzigen Sprecher ansehen. Der Autor bringt vielfältige Belege für die Unhaltbarkeit dieser These bei. Sie konnte u. a. deswegen so stark an Boden gewinnen, weil es infolge der Drohung der PLO, daß von ihrer Linie abweichendes Denken und Handeln als Verrat angesehen und geahndet werde, zu einer weit verbreiteten Differenz zwischen öffentlich zur Schau getragendem Konformismus und privat geäußelter Überzeugung gekommen ist. In Wirklichkeit bestehen nach wie vor zahlreiche Verbindungen zum Königreich Jordanien, das bei den Bemühungen um eine Lösung nach Meinung vieler Palästinenser eine entscheidende Rolle zu spielen habe und aus seiner Mitverantwortung nicht entlassen werden dürfe. Es existiert auch keineswegs eine Einheitsfront in der Westuferregion und im Gazastreifen gegen die Vereinbarungen von Camp David, den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel und gegen den Autonomieplan. Auch hierfür bietet der Autor Belege. Er glaubt, gerade gegenwärtig Anzeichen dafür zu können, daß beide Seiten die Eskalation von Gewalt und Repression in der letzten Zeit zum Anlaß nehmen, künftig kompromißbereiter miteinander umzugehen und gemeinsam einen Weg zu konstruktivem Handeln zu finden — im Interesse ihres beiderseitigen Überlebens.

Moshe Zimmermann: Einstellungen israelischer Schüler und Studenten zu Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39—40/80, S. 19—27

Zum ersten Mal wird in Israel der Versuch gemacht, der Frage der Einstellung von jungen Israelis gegenüber den Deutschen und der deutschen Geschichte auf empirischer Ebene nachzugehen. Als Forschungsobjekt wurden zwei Gruppen der jüngeren Generation gewählt: Schüler und Studenten. Die Erprobung von neuem Lehrmaterial im Fachbereich Geschichte, das vom Curriculum-Center entwickelt wurde, ermöglichte eine Untersuchung der „attitude“ von 15jährigen Schülern zur deutschen Geschichte und zu Deutschland. Die Untersuchung bei zwei aufeinanderfolgenden Jahrgängen (1978 und 1979) erlaubte den Schluß, daß die Schüler bei der Beurteilung der deutschen Geschichte der Nazi-Periode mit unerwartet großer Zurückhaltung und mit Differenzierungsvermögen vorgehen. Eine Untersuchung, ebenfalls in einem Zeitraum von zwei Jahren (1978, 1979), die bei Studenten durchgeführt wurde, zeigte, wie stark das Bild der Deutschen durch die gegenwärtige politische Situation geprägt ist. Ein weiterer Vergleich mit einer Gruppe älterer Studierender beweist, daß, je niedriger das Alter der Gruppe ist, desto weniger die Einstellung von dem alten Image des Deutschen beeinflusst ist. Im allgemeinen zeigt sich die Bereitwilligkeit, eine distanzierte, sachliche Beziehung zum Thema Deutschland herzustellen. Daraus kann man schließen, daß ein Prozeß der Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen begonnen hat und daß diese Normalisierung im Abbau von emotionsbeladenen Stereotypen zum Ausdruck kommt.

Ulrich von Hehl: Konrad Kardinal von Preysing, Bischof von Berlin

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39—40/80, S. 29—38

Konrad Graf von Preysing (1880—1950), von 1935 bis 1950 Berlins dritter Bischof, zählte zu den entschiedensten Gegnern des Nationalsozialismus im deutschen Episkopat der Hitler-Zeit. Dennoch ist er bis heute weitgehend unbekannt geblieben. Anders als etwa sein Münsteraner Amtsbruder Clemens August von Galen hat er sich nicht durch spektakuläre Kanzelproteste dem Gedächtnis der Nachwelt einprägen können. Er war keine Kämpfer-, sondern eine Gelehrtennatur.

Seine Stärke lag in der bohrenden Analyse der kirchenpolitischen Situation und in der illusionslosen Beurteilung der wahren Absichten des Nationalsozialismus; „wie ganz wenige seiner Landsleute“ hat er der NS-Bewegung „von Anbeginn hinter das Visier geschaut und sich in seiner radikalen Ablehnung durch nichts und niemand beirren lassen“.

Diese Hellsichtigkeit führte ihn zwangsläufig zu Schlußfolgerungen für den Abwehrkurs des Episkopats. Anstelle interner schriftlicher Proteste forderte er eine energischere Vorwärtsverteidigung, in die durch Kanzelproklamationen das Kirchenvolk miteinbezogen werden sollte.

Damit wurde Preysing zum geistigen Wortführer derjenigen Bischöfe, die den Weg erfolgloser Eingaben verlassen und zu öffentlicher Verteidigung der kirchlichen wie „allgemein menschlichen Rechte“ vorstoßen wollten. Es gehört zur Tragik der kirchlichen Auseinandersetzungen mit dem Regime, daß diese Absicht an mangelnder Einigkeit im Episkopat gescheitert ist.